

A stylized world map composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to represent specific countries or regions.

Wie reformfähig ist Kubas Sozialismus?

BERT HOFFMANN

Mai 2011

- Der Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas im April 2011 markiert eine Zäsur. Zum einen hat Fidel Castro sein letztes formales Amt abgegeben; Kuba ist ohne Wenn und Aber in der Nach-Fidel-Ära angekommen. Zum anderen hat der Parteitag eine Reformagenda beschlossen, die auch wirtschaftspolitisch den Abschied von dem paternalistischen Staatssozialismus Fidel'scher Prägung einläutet.
- Das Programm schreibt eine Ausweitung von Marktmechanismen und mehr Raum für nicht-staatliche Wirtschaftsakteure als strukturelle Zielvorgaben fest. Es nennt allerdings keine konkreten Fristen oder Zielmarken. Zu erwarten ist, dass die Reform auch künftig weniger als stimmiger Gesamtentwurf, sondern vielmehr als Abfolge gradueller, oft wenig kohärent ineinandergreifender Schritte daherkommt. Zahllose Probleme und Defizite der Veränderungen werden weiterhin zu diskutieren sein. Aber neu ist: Es ist eine Diskussion über das »Wie« und »Wie weit« der Reformen, nicht mehr über das Ob.
- Die Kohäsion der politischen Elite bleibt übergeordnetes Ziel. In der Folge gingen auf dem Parteitag Worte und Taten auseinander. So versprach Raúl Castro Verjüngung und Generationswechsel – in der Praxis aber wurde die alte Garde an der Parteispitze bestätigt.
- Die Ängste der Regierung vor den politischen Folgen einer ökonomischen Öffnung sind hoch. Raúl Castro hat die als »Reaktion des Volkes« inszenierte, informalisierte Repression gegen Oppositionelle explizit verteidigt. Auch der weitere Machtzuwachs des Militärs innerhalb der Partei ist unübersehbar.
- Gleichzeitig zeigt die Freilassung Dutzender Regierungsgegner einen neuen Pragmatismus im Umgang mit der Opposition. Die Europäische Union, die die Inhaftierung von 75 Regimegegnern 2003 zur zentralen *Causa* in den bilateralen Beziehungen gemacht hatte, muss deren Freilassung positiv anerkennen, will sie nicht an Glaubwürdigkeit verlieren.



Inhalt

0. Einleitung	2
1. Kuba in der Nach-Fidel-Ära: ein neuer Anlauf für Reformen	2
2. Der ökonomische Zwang zur Reform.	4
3. Die Reformagenda.	6
4. Die politische Logik hinter der Wirtschaftsreform.	9
5. Wirtschaftsreformen als Anpassung an eine stratifizierte Gesellschaft	10
6. Fidel tritt ab: das Ende eines langen Interregnums	13
7. Raúl folgt auf Fidel – aber wer folgt auf Raúl?	14
8. Vermittler und Bündnispartner: die neue Rolle der katholischen Kirche	16
9. Ein anderer Umgang mit Opposition und Kritik?	17
10. Schlussbemerkungen	19

0. Einleitung

Seit Raúl Castro im Jahr 2006 die Staatsführung in Kuba übernommen hat, hat er Volk und Partei darauf vorbereitet, dass es ein Weiter-so des bisherigen Wirtschafts- und Sozialmodells nicht geben kann. An dramatischen Worten hat er es nicht fehlen lassen: »Entweder wir ändern uns, oder wir gehen unter«, so etwa im Dezember vergangenen Jahres vor der kubanischen Nationalversammlung. Vom 16. bis 19. April nun hat endlich der jahrelang aufgeschobene VI. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas getagt und eine Agenda wirtschaftspolitischer Reformen ratifiziert. In ihrer Summe skizzieren diese einen tief greifenden ökonomischen Wandel mit weitreichenden gesellschaftlichen Folgen.

Aber auch politisch markiert der Kongress eine Zäsur: Fünf Jahre nachdem Fidel Castro schwer erkrankte und die Amtsgeschäfte vorübergehend (dies wurde damals ausdrücklich betont) an seinen Vize und Bruder delegierte, hat der alte »Comandante en Jefe« der kubanischen Revolution nun auch sein letztes formales Amt aufgegeben. Raúl Castro ist nun auch der Erste Vorsitzende der KP, nachdem er 2008 bereits offiziell die Nachfolge als Staats- und Regierungschef übernommen hatte. Eine lange, über fünf Jahre hinausgezögerte Übergangsphase ist damit zu Ende gegangen. Fidels Auftritt auf dem Parteitag war sein Abtritt von der politischen Bühne. Kubas Sozialismus ist in der Nach-Fidel-Ära angekommen.

War dies nun ein »historischer Reformparteitag«, der später in Kubas Geschichtsbüchern stehen wird? Wird Raúl Castro, der ein halbes Jahrhundert im Schatten seines charismatischen Bruders stand, Kubas Staatssozialismus mit Marktdynamik kombinieren können und dabei die Herrschaft der KP bewahren? Oder erleben wir nur eine Neuauflage von Reformversprechen, bei denen die Umsetzung auf der Strecke bleibt? Ist Kubas Sozialismus nach fünf Jahrzehnten noch reformfähig? Und was bedeutet dies für die kubanische Gesellschaft?

Die folgende Analyse basiert unter anderem auf einem Aufenthalt des Autors in Kuba im März dieses Jahres, bei dem eine Vielzahl von Gesprächen mit Wissenschaftlern und Funktionären, Künstlern und Intellektuellen, Diplomaten und Studenten, Staatsangestellten und neuen Selbständigen, Parteigängern wie Gegnern der Regierung geführt werden konnte, wofür an dieser Stelle allen Beteiligten aufrichtiger Dank ausgesprochen

werden soll. Die Verantwortung für den Text und die Einschätzungen der aktuellen Entwicklung liegt jedoch allein beim Verfasser.

1. Kuba in der Nach-Fidel-Ära: ein neuer Anlauf für Reformen

Parteitage alleinregierender kommunistischer Parteien sind nicht der Schauplatz, um Streit über politische Veränderungen auszutragen; ihre Funktion ist vielmehr, bereits vollzogene Veränderungen im Machtgefüge und Entscheidungen über politische Kurswechsel zu ratifizieren. Kuba macht hier keine Ausnahme. Genau deswegen, so darf man vermuten, wurde der jüngst in Havanna abgehaltene VI. Parteitag auch so lange aufgeschoben: Er konnte erst stattfinden, als die Führung um Raúl Castro sich ausreichend sicher war, dass sowohl die personellen Entscheidungen – Ablösung Fidels, Neuwahl von Zentralkomitee und Politbüro – als auch der wirtschaftspolitische Reformkurs einmütig ratifiziert würden. Denn bei allen Entscheidungen im Einzelnen war dies seine oberste Maxime: die Geschlossenheit der Partei und im weiteren Sinne der politischen Elite insgesamt zu demonstrieren.

Dies nimmt dem Parteitag nicht seine Bedeutung. Bevor auf die Hintergründe und einzelnen Punkte der Reformagenda eingegangen wird und die Perspektiven ihrer Umsetzung diskutiert werden, vorab drei Aspekte, die die auf dem Parteitag in Szene gesetzte Kurskorrektur von früheren Reformansätzen unterscheiden.

a) Die Formalisierung der Reformagenda. Die Ratifizierung der von Raúl angestrebten Veränderungen per Parteitagsbeschluss ist das Signal, dass diese Schritte keine Reaktion auf kurzfristige, konjunkturelle Nöte sind, die ebenso schnell wieder zurückgefahren werden können, sondern ein strategisches, langfristig angelegtes Projekt der Suche nach einem neuen Wirtschaftsmodell. Auch wenn die neu entstehenden Verkaufsstände in den Straßen Havannas an die kurzlebige Reformdynamik Mitte der 1990er Jahre erinnern, als der US-Dollar legalisiert, Bauernmärkte eröffnet und »Arbeit auf eigene Rechnung« erstmals zugelassen wurde, so ist diese Langfristigkeit der entscheidende Unterschied. Damals sprach Fidel Castro selbst von »Maßnahmen, die uns zuwider sind«; es waren Konzessionen in schwierigen Zeiten, die man zügig wieder zurückdrehte, als die schlimmste

Krisenzeit überwunden war. Dies ist derzeit nicht zu erwarten. Es wird ein zähes Ringen um das Wie, Wie weit und Wie schnell von Veränderungen geben, aber nicht mehr um das Ob oder um ein grundsätzliches Zurück zu einem »sozialistischeren Sozialismus« ohne störende Marktmechanismen.

b) Entscheidungen als bürokratischer Prozess. Auch wenn er von oben gesteuert, auf Einstimmigkeit getrimmt und gegen Überraschungen immunisiert war: Der Parteitag hat die Politikgestaltung in Kuba als bürokratischen Prozess inszeniert. Raúls Rechenschaftsbericht bot eine lange Zahlenflut auf, um zu bezeugen, dass nach mehr als drei Millionen Wortbeiträgen in Zehntausenden von Betriebsversammlungen sowie der Diskussion der Parteitagsdelegierten letztlich mehr als zwei Drittel der Absätze des Leitliniendokuments in der einen oder anderen Weise neu formuliert worden seien. Desgleichen umfasst sein Schlussbericht lange Passagen, in denen er die institutionellen Zuständigkeiten für die Umsetzung der Beschlüsse und weiterer Entscheidungen skizziert. Dies alles wäre denkbar unspektakulär, wenn es nicht in so starkem Kontrast zu dem personalistischen Führungsstil Fidels stehen würde, der mit einer Rede das Ruder nach hier oder dort riss und die selbst geschaffene Institutionalität des kubanischen Sozialismus für so verzichtbar hielt, dass er über Jahre problemlos ohne Einberufung des längst fälligen Parteitages regieren konnte.

In diesem Sinne war der VI. Parteitag auch die Demonstration des Übergangs vom charismatischen zum bürokratischen Sozialismus¹. In ihm ist Raúl kein allgewaltiger »Líder«, sondern der oberste Verwaltungskader des Landes. Viel mehr als Fidel muss er die verschiedenen Kräfte im Apparat einbinden und ausbalancieren. Dies macht Entscheidungsprozesse wie den wirtschaftspolitischen Umbau langsamer, im Zweifelsfall auch inkohärenter, aber auch weniger anfällig für die Sprunghaftigkeit einsamer Entscheidungen des Mannes an der Spitze.

c) Der Blick nach innen. Die kubanische Revolution hatte einst die Außenabhängigkeit von den USA durch die Anbindung an die Sowjetunion ersetzt; im Krisenmanagement der 1990er Jahre wurden die Geldsendungen der

Emigranten zu einem zentralen Rettungsanker; Ende der 1990er Jahre erschien mit Chávez' Venezuela ein neuer Deus ex machina auf der Weltbühne, der erneut eine internationale politische Allianz in eine tragende Säule der kubanischen Wirtschaft ummünzte. Unter Fidel hatte diese Logik immer Priorität gegenüber den mühsamen Fragen einer Dynamisierung der Binnenökonomie. Um es mit einem Bonmot des kubanischen Sängers Pedro Luis Ferrer zu sagen: Der Sozialismus in Kuba war nie eine Produktionsweise, sondern immer eine Verteilungsweise. Dies hat sich unter Raúl grundlegend gewandelt. Sein simples Diktum »Wir können nur so viel konsumieren wie wir produzieren« widerspricht diametral dem historischen Modell des Fidel'schen Sozialismus, das über Jahrzehnte darauf basierte, das hohe internationale politische Kapital umzumünzen in ein Konsumniveau weit über der nationalen Produktion.

Neu ist in den Reden Raúls und in den vom Parteitag diskutierten wirtschaftspolitischen Leitlinien auch, mit welcher Entschiedenheit die ökonomischen Probleme als strukturelle Krise der zentral gelenkten Staatswirtschaft gesehen werden und nicht – wie bisher üblich – als primär außeninduziert (US-Embargo, Zusammenbruch der Sowjetunion, Weltmarkt etc.) Dies geht so weit, dass Raúl Castro teilweise in anekdotischer Form Missstände im Land schildert, um dann ironisch hinzuzufügen, dass viele Funktionäre, statt nach Abhilfe zu suchen, lieber die US-Blockade dafür verantwortlich machen.²

Es ist eine deprimierende Übung, vergangene Reden und Reformversprechen der kubanischen Führung oder gar Parteitagsbeschlüsse zu lesen. Es ist die Regel, nicht die Ausnahme, dass davon kaum etwas umgesetzt worden ist. Raúl selbst hat in seinem zentralen Rechenschaftsbericht für den VI. Parteitag darauf verwiesen, dass »die Beschlüsse der vergangenen Parteitage fast alle vergessen wurden, ohne umgesetzt zu werden«³ – und dass

1. S. auch Bert Hoffmann: Kuba: Auf dem Weg zum Marktsozialismus?, GIGA Focus Lateinamerika, Nr. 09/2010, Hamburg: GIGA, sowie ders.: Charismatic Authority and Leadership Change: Lessons from Cuba's Post-Fidel Succession, in: International Political Science Review, Vol. 30, No. 3, June 2009, S. 229-248.

2. So Raúl Castro etwa am 18.12.2010 vor der kubanischen Nationalversammlung: »Después de la guerra de agresión norteamericana contra Viet Nam, el heroico e invicto pueblo vietnamita nos solicitó que le enseñáramos a sembrar café, y allá fuimos; se le enseñó, se le trasladó nuestra experiencia. Hoy Viet Nam es el segundo exportador de café del mundo. Y un funcionario vietnamita le decía a su colega cubano: >¿Cómo es posible que ustedes que nos enseñaron a sembrar café el otro día, ahora nos estén comprando café?< No sé qué le habrá contestado el cubano. Seguro que le dijo: >El bloqueo.<« ; in: Granma, 20.12.2010; URL: <http://www.granma.cubaweb.cu/2010/12/20/nacional/artic07.html>

3. Castro, Raúl (2011): Informe Central al VI Congreso del Partido Comunista de Cuba; URL: <http://www.granma.cubaweb.cu/secciones/6to-congreso-pcc/artic-04.html>; Darin die zitierte Stelle im Orig.: »Lo que aprobemos en este Congreso no puede sufrir la misma suerte que los acuerdos de los anteriores, casi todos olvidados sin haberse cumplido.«

dies nun anders werden müsse. Doch auch solche Appelle sind in der Vergangenheit genauso oft folgenlos verhallt. Dies erklärt auch die abwartende Haltung, weitgehende Apathie, teilweise auch offenen Zynismus in der kubanischen Bevölkerung in Bezug auf die jetzigen Reformankündigungen. Ein englisches Sprichwort sagt: The proof of the pudding is in the eating. Raúl's Agenda wird nicht an den Plänen und Papieren, sondern an der Umsetzung gemessen werden.

Diese erfahrungsgesättigte Skepsis ist bei der folgenden Diskussion der Reformperspektiven immer vor die Klammer zu ziehen. Gleichwohl gibt es einen so stark veränderten wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und auch politischen Kontext, dass das »Weiter-so« tatsächlich kaum eine erfolversprechende Strategie für das System ist und der Versuch einer (kontrollierten und begrenzten) wirtschaftspolitischen Öffnung sehr viel substanzieller erscheint als jemals zuvor seit der Revolution 1959.

2. Der ökonomische Zwang zur Reform

Es ist gar nicht so lange her, dass Kuba ein Wirtschaftswachstum mit eindrucksvollen Zahlen vermeldete: elf Prozent etwa allein für das Jahr 2005. Von 2003 bis 2007 verzeichnen die Statistiken ein kumuliertes Wachstum von satten 41 Prozent. Getragen wurde dieses Wachstum vor allem von drei Entwicklungen: erstens, den expandierenden Wirtschaftsbeziehungen zum Venezuela Hugo Chávez', die der Insel einen ganz neuen Wirtschaftszweig bescherten: den Export von Dienstleistungen, allen voran Ärzten und medizinischem Fachpersonal, die in einem Bartergeschäft gegen venezolanische Öllieferungen verrechnet wurden, zu für Kuba höchst attraktiven Konditionen. Zweitens, neue Kreditmöglichkeiten aus China. Und drittens einer Veränderung der Berechnungsmethode des Bruttosozialprodukts 2005, die Kubas Statistiken kaum noch international vergleichbar oder gar überprüfbar machen und ohne die der Anstieg der Wachstumskurven zweifelsohne weniger rasant ausgefallen wäre.

Es ist im Rückblick dramatisch, wie wenig diese »fetten Jahre« im privaten Verbrauch ankamen – und wie wenig sie genutzt wurden, um die strukturellen Probleme der kubanischen Wirtschaft anzugehen. Ganz im Gegenteil: Gerade das großzügig fließende Geld aus Venezuela machte in den letzten Jahren der Führung Fidels

die Rückkehr zu einer voluntaristischen Wirtschaftspolitik möglich, die in den Hau-Ruck-Kampagnen der so genannten »Schlacht der Ideen« und der flächendeckenden Verteilung von Reiskochern ihren sichtbarsten Ausdruck fand. Es gab in dieser Zeit durchaus eine Entspannung in der Versorgungslage im Vergleich zu den 1990er Jahren. Aber weder erlebten die Reallöhne eine substanzielle Steigerung noch erfolgte eine Aufwertung des kubanischen Peso (CUP) gegenüber dem als Dollar-Ersatz eingeführten »konvertiblen Peso« (CUC). Wo die staatlichen Wechselstuben CUP zu CUC nach wie vor im Verhältnis von 25:1 tauschen, schnurrt die durchschnittliche Rente auf umgerechnet 10 US-Dollar zusammen. Allein vom Lohn seiner Arbeit zu leben, ist im sozialistischen Kuba seit geraumer Zeit nicht mehr möglich. Ein solcher monetärer Dualismus verzerrt nicht nur alle Geldbeziehungen, Effizienzberechnungen und Anreizsysteme, sondern reißt auch eine tiefe Kluft in die Gesellschaft, die vom emphatischen öffentlichen Diskurs Fidels gar nicht mehr erreicht wurde. Hinzu kam ein wachsendes außenwirtschaftliches Defizit, das über einen Anstieg der Verschuldung finanziert wurde.

Es sind diese aufgestauten Strukturprobleme der kubanischen Wirtschaft, die mit der Amtsübernahme Raúl's (die zusammenfällt mit einer gewissen Abnahme der venezolanischen Subventionsbereitschaft) offen auf die Tagesordnung gekommen sind. Aus der Sicht der Reform macht man heute – nach einem verlorenen Jahrzehnt – da weiter, wo man beim V. Parteitag 1997 aufgehört hat, als die zaghafte Reformansätze des Krisenmanagements der 1990er Jahre zu den Akten gelegt wurden. Allein, die Ausgangsbedingungen sind bedeutend schlechter als damals: Das Land ist weiter deindustrialisiert, die Produktivität weiter gesunken, die Infrastruktur weiter verfallen, die soziale Ungleichheit gewachsen.

Verschärfend hinzu kommen externe Faktoren. Hierzu zählen die drei verheerenden Hurrikans des Jahres 2008. Während man noch damit beschäftigt war, deren Schäden zu bewältigen, brach die internationale Finanzkrise aus. Sie traf Kuba durch den dramatischen Verfall des Nickelpreises und damit der Exporterlöse, rückläufige Einnahmen aus dem Tourismus, einen Einbruch in den Geldsendungen der von der Krise betroffenen Auslandskubaner vor allem in den USA und verschlechterte Kreditbedingungen auf dem internationalen Kapitalmarkt. Negativ wirkt sich auch weiter das US-Embargo aus, das trotz seiner mittlerweile zahlreich gewordenen Ausnah-

mereregungen die außenwirtschaftlichen Handlungsmöglichkeiten Kubas einschränkt und der Insel hohe zusätzliche Kosten verursacht.

2008 erlebte die Krise der kubanischen Wirtschaft in der Folge interner Strukturdefizite plus externer Schocks eine Zuspitzung, als das Land in eine akute Liquiditätsklemme geriet, die die Regierung zum Handeln zwang. Als eine Ad-hoc-Maßnahme wurden die Devisenkonten ausländischer Handelspartner und Investoren auf kubanischen Banken eingefroren und Rechnungszahlungen aufgeschoben. Auch wenn betont wurde, dass dies nur eine vorübergehende Maßnahme sei und seit dem vergangenen Jahr ein gradueller Prozess der Freigabe der eingefrorenen Gelder zu verzeichnen ist, belastet dieser einseitige Bruch der Spielregeln bis heute das Vertrauen ausländischer Geschäftspartner.

Gleichzeitig wurde auch die erreichte Geldwertstabilität bedroht – was den Wert des normalen kubanischen Peso betraf: Auf dem Tiefpunkt der Krise Mitte der 1990er Jahre war er auf einen Wert von 150 CUP pro US-Dollar gefallen. Die seitdem gelungene Stabilisierung auf 25:1 bleibt zwar immer noch auf überaus niedrigem Niveau, aber ein neuerliches Aufleben der Inflationsspirale ist ein Alptraum der Wirtschaftsplaner in Havanna. Und auch der »konvertible Peso« (CUC), der es als selbst geschaffene Hartwährung immerhin ermöglicht hat, für die Devisensektoren der Ökonomie die direkte Nutzung des US-Dollars zu ersetzen, wurde durch die Liquiditätsklemme beschädigt. In der Folge ist der »konvertible Peso« nicht mehr wirklich konvertibel; nur noch bei Vorlage eines zusätzlichen, vom Staat vergebenen »Certificado de Liquidez« (Liquiditätszertifikat) ist er für kubanische Unternehmen tatsächlich gegen ausländische Devisen eintauschbar.

Angesichts der Drohung, zusätzlich zu den bestehenden Problemen noch den Verlust der prekären monetären Stabilität zu erleiden, reagierte die Regierung Raúl Castros mit einer rigorosen Drosselung der Importe und dem Beginn der Kürzung staatlicher Ausgaben. Sie hebt in ihrer Krisenanalyse stets das Ungleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen hervor. In ihren Maßnahmen hat sie sich aber weitgehend darauf beschränkt, an die Disziplin zu appellieren, administrative Kontrollen zu erhöhen und vor allem bei den Ausgaben zu sparen. Das ist bei einer Zentralverwaltungswirtschaft zwar leicht möglich, weil man Zugriff auf die Ausgaben hat. Es ist

aber nicht ohne Preis zu haben: Man läuft Gefahr, eine schon desolate Ökonomie noch »kaputter« zu sparen und die Qualität der sozialen Leistungen weiter zu senken.

Auf der Wertschöpfungsseite der Wirtschaft wurde dagegen bislang wenig getan, um die Produktion anzukurbeln und auf diesem Wege sowohl die Versorgungslage zu verbessern als auch wieder Handlungsspielraum durch erhöhte staatliche Steuereinnahmen zu schaffen. Die bisherigen Maßnahmen haben hier bislang nur geringe Wirkung gezeigt. Die Marktöffnung für selbständige Arbeit auf eigene Rechnung kommt bislang kaum über Garagen-Pizzerias und Straßenstände mit raubkopierten CDs hinaus. Der politische Mut, tatsächlich mehr Raum und Autonomie für selbständige Wirtschaftsakteure zuzulassen, fällt dem Apparat noch immer erheblich schwerer, als Kürzungen zu dekretieren oder Preiserhöhungen zu verfügen.

Zu welch erratischen Entwicklungen dieses Missverhältnis führen kann, zeigte im September die Ankündigung in der Parteizeitung, binnen sechs Monaten 500.000 Angestellte – mehr als ein Zehntel der Erwerbsbevölkerung! – aus der aufgeblähten Verwaltung und den unrentablen Staatsbetrieben zu entlassen. Doch wo nicht annähernd ausreichende Öffnungen für Beschäftigung im Privatsektor zugelassen wurden, konnte kein Funktionär erklären, wo eine halbe Million Entlassene gleichsam über Nacht neue Erwerbsmöglichkeiten finden sollten. In der Folge wurde der Prozess im März fürs Erste wieder auf Eis gelegt. Schätzungen gehen davon aus, dass lediglich rund zehn Prozent der genannten halben Million tatsächlich freigesetzt wurden.

Mehr als der Beginn eines systematischen Umbauprozesses war die Ankündigung der Massenentlassungen ein rhetorischer Paukenschlag, der den Ernst der Lage und das Ausmaß der nötigen Schritte signalisiert hat. Die politischen Kosten aber sind hoch. Die Verunsicherung in der Bevölkerung ist mit Händen zu greifen. Für den kubanischen Sozialismus bricht ein Baustein seiner materiellen Legitimation weg, schließlich galt es ihm bis vor Kurzem als historische Leistung, selbst in der tiefsten Krise allen Kubanern einen staatlichen Arbeitsplatz zu bieten. Die Arbeiter und Angestellten, die am 1. Mai zur großen Parade gerufen werden, konnten es schwarz auf weiß lesen, dass die politische Führung sie vor allem als Last auf dem Staatssäckel empfindet. Die Gewerk-

schaftsführung, die als braver Transmissionsriemen der Parteiführung von ihren Mitgliedern die disziplinierte Umsetzung der Entlassungen verlangte, hat weiter an Glaubwürdigkeit als Interessenvertretung der Arbeiter verloren.

3. Die Reformagenda

Die wirtschaftspolitischen Leitlinien (»Lineamientos«), die nun auf dem VI. Parteitag verabschiedet wurden, sind das erste Dokument, in dem die Parteiführung ihre Vorstellungen des anstehenden Umbaus zu einem Gesamtkonzept zusammengeführt hat.⁴ Gleichwohl sind sie kein »Master-Plan« der anstehenden Transformation. Die rund 300 Absätze formulieren grundsätzliche Orientierungen zu einer breiten Palette von Themen und Sektoren, aber sie nennen – anders als die Entlassungsankündigung im September – keine konkreten Zeit- und Zielvorgaben. Auch findet sich in ihnen weder eine Priorisierung der verschiedenen Aufgaben noch thematisieren sie die Frage der Abfolge der einzelnen Schritte, das so genannte »sequencing«, dem, wie die Transformationsprozesse in anderen Staaten gezeigt haben, enorme Bedeutung für Erfolg oder Nicht-Erfolg derartiger Reformen zukommt. Insofern gibt das Parteitagsdokument nur eine generelle Richtung vor (manche sprechen von einer »Wunschliste«); es ist eine Agenda, deren Konkretion noch aussteht.

Dabei scheut Kubas Führung das Wort »Reform« wie der Teufel das Weihwasser; offiziell ist lediglich von der »Aktualisierung des Wirtschaftsmodells« die Rede. Doch der Text klingt sehr viel mehr nach dem Marktsozialismus Chinas und Vietnams als nach der Ideenwelt Fidels. Das Leitmotiv Raúl's ist der Abschied vom paternalistischen Staat und eine verstärkte Akzeptanz privatwirtschaftlicher Aktivitäten und Marktmechanismen. Dies wird durch die verschiedenen Bereiche der Wirtschaft in Form von Absichtserklärungen durchdekliniert, unter anderem:

- Mehr als eine Million Staatsangestellte sollen »in einen nicht-staatlichen Sektor überführt« werden.

4. PCC 2011: Proyecto de Lineamientos de la Política Económica y Social del Partido y la Revolución <http://www.granma.cubaweb.cu/secciones/Proyecto%20de%20Lineamientos%20del%20VI%20Congreso%20del%20PCC.pdf> Dies ist die vor dem Kongress zirkulierte Fassung; auch mehr als zwei Wochen nach dem Abschluss des Parteitags liegt die überarbeitete und vom Kongress verabschiedete Endfassung noch nicht vor.

- Selbständige unternehmerische Tätigkeiten (genannt »Arbeit auf eigene Rechnung«, trabajo por cuenta propia) sollen ausgeweitet werden und – zusammen mit erweiterten Möglichkeiten für Genossenschaften – das Gros der freigesetzten Arbeitskräfte aufnehmen, das Dienstleistungs- und Warenangebot verbessern und durch ihre Steuerzahlungen zur Verbesserung der Staatsfinanzen beitragen. Bislang sind 295.000 Kubaner als »cuentapropistas« registriert, davon 187.000 neu in den vergangenen sechs Monaten. 66 Prozent davon hatten zuvor allerdings keine reguläre Einbindung in den Arbeitsmarkt aufgewiesen, so dass nur für ein Drittel dies tatsächlich ein Übergang vom staatlichen in den nicht-staatlichen Beschäftigungssektor darstellt. (Unbestätigten Berichten zufolge haben 40.000 der neuen Selbständigen mittlerweile ihre Lizenz wieder zurückgegeben, zumeist da angesichts hoher Gebühren- und Steuerlast und nur begrenzter kaufkräftiger Nachfrage das Geschäft sich für sie als nicht rentabel erwies.)

- Private Kleinbetriebe sollen künftig auch Arbeitskräfte (jenseits der bislang schon zugelassenen Familienmitglieder) legal beschäftigen können. Erstmals entstehen damit wieder formale privatwirtschaftliche Arbeitgeber-Arbeitnehmerverhältnisse.

- Die flächendeckende Verteilung hochsubventionierter Produkte des Grundbedarfs über die Rationierungskarte (die »libreta«) soll eingestellt und durch eine zielgenauere Sozialpolitik ersetzt werden.

- Auch sonst gilt es, »die exzessiven Ausgaben in der sozialen Sphäre« zu reduzieren oder zu eliminieren, während die Konturen einer künftigen Sozialpolitik völlig vage bleiben. (Es wird nicht konkreter als Sätze wie etwa dieser: »Es ist notwendig, die Formen zu perfektionieren, mit denen die Bevölkerung geschützt werden kann, deren Ernährung prekär oder gefährdet ist.«⁵)

- Der überwiegende Teil der Ökonomie wird auch in Zukunft staatlich bleiben; die Mehrheit der kubanischen Erwerbsbevölkerung wird den Plänen zufolge auf absehbare Zeit Lohnempfänger des Staates bleiben.

- Staatsunternehmen sollen mehr Entscheidungsaunomie erhalten, durch die Entlassung überzähligen

5. Original: »Es necesario perfeccionar las vías para proteger a la población vulnerable o de riesgo en la alimentación.« (PCC 2011, Lineamiento 163)

Personals soll die extrem niedrige Arbeitsproduktivität gesteigert werden. Insolventen Betrieben droht der Konkurs.

- Produktionsmittelmärkte sollen etabliert werden, auf denen gleichermaßen Staatsunternehmen, Genossenschaften und Selbständige die benötigten Inputs beziehen können.
- Erhöhte Arbeitseffizienz soll zu steigenden Löhnen führen, die in Abhängigkeit von den Betriebsergebnissen schwanken können. Lohnarbeit soll wieder der Kern der materiellen Reproduktion werden.
- Ausweitung des Steuersystems und einer beitragsbasierten Sozialversicherung.

Einen Bruch mit der Vergangenheit markiert schließlich auch ein Aspekt, der jenseits der einzelnen Maßnahmen und Problemfelder liegt: der technokratische Duktus, in dem das ganze Dokument verfasst ist. In einem Staat, in dem Kindergärten auf den Namen »Los Proletaritos« (»Die Proletarierlein«) getauft wurden, kommt der Begriff Arbeiterklasse in einem solchen Schlüsseldokument nun gar nicht mehr vor. Die Arbeiter erscheinen nicht mehr als Avantgarde, sondern als ein vom Staat alimentiertes Effizienzproblem. Und so unglaublich es klingen mag: Das Wort »Golfplatz« kommt in dem Leitlinien-Entwurf genauso oft vor wie das Wort »Sozialismus«.

Nicht nur bei altgedienten Kadern der Partei verursachte dies Bauchschmerzen, sondern auch in weiten Teilen der Basis. Bei Gesprächen in Havanna wird immer wieder deutlich, dass die landesweiten Betriebsversammlungen zur Diskussion der »Leitlinien« weit mehr Widerstände zutage brachten, als die Parteiführung erwartet hatte. Weniger die Forderung nach weitergehenden Veränderungen stand im Rampenlicht als vielmehr die Verteidigung der gewohnten Sozialleistungen und Sicherheiten. Kein Punkt auf der Agenda wurde heftiger kritisiert als die angekündigte Streichung der »libreta«, der Rationierungskarte, obgleich diese längst nur noch rund ein Drittel des Grundbedarfs abdeckt. Diese Schlagseite als »konservative« Haltung der Bevölkerung zu interpretieren, wäre jedoch zu kurzschlüssig.

Zum einen ist sie den Restriktionen in derart von oben inszenierten Veranstaltungen geschuldet: Weniger Einschränkungen und mehr Rechtssicherheit für die neuen

privaten Wirtschaftsakteure zu fordern, ist riskantes Terrain, bei dem man ständig befürchten muss, »zu weit« zu gehen; hier hielt man sich im Zweifelsfalle zurück. Ein Plädoyer für eine sozialdemokratisch orientierte Marktwirtschaft etwa würde definitiv den Rahmen des zulässig Artikulierbaren sprengen. Viel leichter hingegen fiel, gegen Entlassungen und Kürzungen Stellung zu beziehen; den Diskurs, warum Vollbeschäftigung und Rationierungskarte Errungenschaften der Revolution sind, haben alle über viele Jahre aufgesogen, und ihn gegen die jüngsten Wendungen neu aufzulegen, wurde weiterhin als gefahrlos eingeschätzt.

Der zweite Grund für die »konservative« Reaktion dürfte in der Furcht der Kubaner liegen, mit der gegenwärtigen Reform das »Schlechteste beider Welten« zu bekommen: Dass das alte Sozialstaatsversprechen gekippt wird, aber die Chancen des neuen Modells nur leere Versprechungen bleiben. Die höheren Löhne etwa kommen mit großer Ungewissheit, während die steigenden Preise eine unmittelbar bevorstehende Drohung sind, die man nach Kräften abzuwenden versucht.

Die Parteiführung reagierte auf dieses Feedback, indem sie breiten Raum zur Überarbeitung der Leitlinien im Detail und in der sprachlichen Betonung des sozialen Anliegens der Revolution ließ, die Essentials der Reformagenda aber als alternativlos durchdrückte oder in ambivalente Kompromissformeln packte, die letztlich der Staatsführung offene Hand zur Interpretation geben.

Beispielhaft für den neuen Politikstil ist, wie Raúl Castro in seinem Rechenschaftsbericht gleich zur Eröffnung des Kongresses das Konfliktthema Rationierungskarte abhakte. Zunächst: freundliche Anerkennung der Besorgnis: »der Punkt, der die meisten Meinungsäußerungen hervorrief, und das ist auch ganz natürlich.« Dann: Begründung der Reform an sich; die libreta sei mit der Zeit zu einer untragbaren Belastung der Ökonomie geworden, und sie widerspräche auch dem sozialistischen Prinzip »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Arbeitsleistung«. Dritter Schritt, wie oft bei genau jenen Punkten, die am stärksten mit dem Modell der Vergangenheit brechen: Legitimierung durch ein Fidel-Zitat – in diesem Fall ein heillos aus jedem Zusammenhang gerissenes von 1975, dass »wir gelegentlich den Fehler gemacht haben, bestimmte objektive wirtschaftliche Gesetzmäßigkeiten zu verkennen, die wir zu respektieren haben«. Gefolgt von: Bekräftigung, dass die

Abschaffung der libreta unverzichtbar und alternativlos sei – aber gleichzeitig die Möglichkeit offen lassen, sie auf die lange Bank zu schieben: »Das Problem, vor dem wir stehen, ist nicht das Ob, sondern das Wie, Wann und Wie graduell wir vorgehen.« Und am Ende als Zugeständnis an die Kritik eine Formulierung, die mit bewusster Ambivalenz verschiedene Lesarten bereithält: »Niemand in der Führung dieses Landes, der recht bei Sinnen ist, käme auf den Gedanken, dieses System über Nacht abzuschaffen, ohne vorher die Voraussetzungen dafür geschaffen zu haben« – nämlich wenn die gesteigerte Arbeitsproduktivität die Grundbedarfsartikel so reichlich hervorbringt, dass sie auch zu nicht-subventionierten Preisen für alle Kubaner erreichbar sind.⁶ Wenn man dies ernst nimmt, käme es einer Verschiebung auf den St. Nimmerleinstag nahe. Letzter Akt auf dem Kongress: Die einschlägige Kommission des Parteitags habe, wie die Parteizeitung »Granma« berichtet, das Thema »Libreta« nicht weiter diskutiert, da dies bereits in Raúls Rechenschaftsbericht meisterhaft (»magisterial«) behandelt worden sei.

Welche künftige Politik lässt ein solcher diskursiver Spagat nun erwarten? Vielleicht eben genau einen solchen Spagat auch in der Umsetzung: So wie hier die Priorität auf einem ambivalenten Konsentext liegt, der durch Verzicht auf Klarheit unterschiedliche Strömungen zu integrieren vermag, so dürfte auch die Abschaffung der libreta als Stop-and-Go-Prozess erfolgen, in dem ihre Bedeutung graduell weiter ausgehöhlt wird, ohne dass ein kohärentes alternatives System von Sozialleistungen für die Bedürftigen an ihre Stelle tritt.

Ein anderer Bereich, der die Probleme der Wirtschaftsreformen Raúl'scher Prägung illustriert, ist die Landwirtschaft. Die Ausgangsdiagnose, dass (nach offiziellen Daten) die Hälfte des Agrarlands in Staatsbesitz brachliegt oder untergenutzt ist, stellt ein erschütterndes Ergebnis von fünf Jahrzehnten staatlicher Planwirtschaft dar. Und wo Kubas Importquote bei Lebensmitteln zwischen 70 und 80 Prozent liegt, hätte eine Steigerung der eigenen Produktion unmittelbar importsubstituierende Wirkung,

6. Im Original: »A nadie en su sano juicio en la dirección de este país se le puede ocurrir decretar de golpe la eliminación de ese sistema, sin previamente crear las condiciones para ello, lo que se traduce en realizar otras transformaciones del Modelo Económico en aras de incrementar la eficiencia y la productividad del trabajo, de modo que se puedan garantizar con estabilidad niveles de producción y oferta de los productos y servicios básicos a precios no subsidiados y a la vez accesibles a todos los ciudadanos.«(R. Castro 2011, op. Cit.)

die die angespannte Devisenbilanz entsprechend entlasten würde.

Seit seinem Amtsantritt vor fünf Jahren hat Raúl Castro die Reaktivierung der landwirtschaftlichen Produktion zur Priorität erklärt. Die wichtigste Maßnahme war dabei das vor zwei Jahren verabschiedete Gesetz zur Verpachtung brachliegenden Staatslands an Privatbauern. Am Rande des VI. Parteikongresses wurden nun aktuelle Zahlen vorgelegt.⁷ Demzufolge sind 1,1 Millionen Hektar – immerhin ein Sechstel der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche der Insel! – an insgesamt 143.000 Personen sowie in geringerem Maße an Genossenschaften in Pacht vergeben worden. Dies ist in der Tat viel. Doch so großflächig diese Reform auch ist, so wenig sicher ist, dass sie sich auch in entsprechende Produktionszuwächse übersetzt. Zentrale Strukturprobleme sind:

- Fehlende Märkte für Produktions-Inputs: Noch immer haben die Pächter keinen institutionalisierten Weg, um Düngemittel oder Herbizide, Erntemaschinen oder Bewässerungssysteme, Transportmittel oder Zuchttiere zu erwerben. Zwar ist dieses geplant, doch angesichts der knappen Kassen und des geringen bisherigen Tempos bei der Eröffnung derartiger Märkte gibt es für einen Landwirt noch keine Perspektive, mit der er planen kann.
- Fehlende Langfrist-Perspektive. Die Pachtverträge sind derzeit auf zehn Jahre befristet. Für einen solchen Zeitraum lohnen sich substanzielle Investitionen, etwa in ein Bewässerungssystem, nicht. Eine Überarbeitung des Gesetzes mit einer Ausweitung der Pachtfrist ist in unbestimmter Form in Aussicht gestellt.
- Fehlende Kredite. Investitionen sind auch deshalb für viele der neuen Kleinlandwirte nicht möglich, weil ihnen das Kapital dafür fehlt. Die Regierung hat zwar die Möglichkeit von Krediten in Aussicht gestellt, aber noch sind Umfang und Modalitäten völlig unklar – insbesondere da durch die Pachtkonstruktion kein Landbesitz zur Deckung des Kredits vorhanden ist.
- Fehlendes Know-how. Nach den offiziell bekannt gegebenen Daten haben mehr als 70 Prozent der neuen Pachtbauern keine vorherige landwirtschaftliche Erfah-

7. <http://www.cubastandard.com/2011/04/18/privatization-push-in-agriculture-nearing-completion/>

rung. Damit aber ist man vom Vorbild der traditionellen, oft seit Generationen ihr Land bewirtschaftenden Kleinbauern – dem mit Abstand effizientesten Sektor in der kubanischen Landwirtschaft – weit entfernt.

In der Folge ist dieser auf dem Papier große Reformschritt in der Praxis immer noch in einer Phase, in der viele Pächter etwas Subsistenz betreiben, etwas für den Straßenverkauf produzieren und mit größeren Vorhaben abwarten, bis sich die Rahmenbedingungen verbessert haben.

4. Die politische Logik hinter der Wirtschaftsreform

Auf den ersten Blick erinnert vieles der aktuellen Wirtschaftsdiskussion in Kuba an die kurzlebigen Reformansätze Mitte der 1990er Jahre. Damals hatte der Zusammenbruch der Sowjetunion Fidel Castro zu einem Notprogramm gezwungen, das neben der Zulassung des US-Dollars auch die Akzeptanz von Marktmechanismen und selbständiger Arbeit in begrenztem Rahmen umfasste. Doch all dies waren, daran ließ Fidel nie einen Zweifel, ungewollte Zugeständnisse in Krisenzeiten. Marktformen schaffen nicht nur soziale Ungleichheit, sondern bergen auch politische Gefahren, so sein Credo; selbständige Wirtschaftsakteure sind, wenn man sie nicht bei Zeiten klein hält, der Samen der Konterrevolution. Sobald die prekäre Stabilisierung der Wirtschaft ab 1995/96 dies erlaubte, stutzte Fidel die Reformansätze dann in der Tat auch schnell wieder zurück.

Die politische Logik der Raúl'schen Reformagenda ist eine andere. Auch er denkt Ökonomie immer in Funktion der Politik, und auch ihm geht es um den Erhalt der sozialistischen Ordnung, nicht um ihre Überwindung. Seine Logik geht von einer unsentimentalen Analyse der gegenwärtigen kubanischen Gesellschaft aus: Die idealistischen und emotionalen Ressourcen der Revolution sind erschöpft; die Gesellschaft ist längst durchgreifend stratifiziert; die Kubaner sehnen sich nicht nach Heldentum und Opferbereitschaft, sondern nach einem materiell besseren Leben.

Die große Erzählung von Revolution, Nation und Sozialismus stellt nach wie vor den diskursiven Rahmen, mit dem die Grenzen des politisch Erlaubten immer wieder aufs Neue gezogen werden. Aber ihr positives

Mobilisierungspotenzial ist dramatisch geschrumpft. In der Nach-Fidel-Zeit wird sich die Regierung durch wirtschaftlichen »Output« legitimieren müssen. Es gilt, vor allem der jungen Generation auch materiell attraktive Zukunftsperspektiven zu bieten, will man ihrer wachsenden Entfremdung vom politischen System und dem Sog der Emigration entgegenwirken.

Wirtschaftliche Reformen sind in dieser Logik keine unliebsamen Zugeständnisse an den widrigen Zeitgeist, sondern notwendige Schritte hin zu einer tragfähigen Ökonomie, ohne die auf Dauer die Reproduktion der politischen Herrschaft nicht möglich ist. Natürlich hat die kubanische Führung dabei die Erfolgsmodelle China und Vietnam vor Augen – auch wenn sie es weit von sich weist, diese als explizite Vorbilder zu benennen, sondern immer den eigenen Weg Kubas betont. Doch wirtschaftliche Modernisierung bei Beibehalt des Politik-Monopols der KP, das ist die Zauberformel, die auch die Kader um Raúl ersehnen dürften.

Gleichwohl ist es bemerkenswert, dass – nach allem, was man weiß⁸ – die Regierung in Havanna aus China und Vietnam nur punktuell und für einzelne Sektoren Rat bzw. Orientierung sucht, nicht aber in systematischer Form für die makro-ökonomische Gesamtplanung. Raúls viel unmittelbarer Anknüpfungspunkt sind die wirtschaftlichen Erfahrungen des kubanischen Militärs.

Die kubanischen Streitkräfte, denen Raúl Castro als Armeeminister ein halbes Jahrhundert lang vorstand, sind ökonomisch ein Staat im Staate, der von landwirtschaftlichen Großbetrieben bis zu exklusiven Devisenhotels eine breite Palette von Unternehmungen aller Art betreibt, einschließlich Import-Export- und Finanzgeschäfte in Panama und anderswo außerhalb der Landesgrenzen. Als der Armeeführung untergeordnete Parallelstruktur haben die vom Militär geführten Unternehmen traditionell gewisse Freiräume gegenüber der zentralstaatlichen Bürokratie und Planung.⁹ Hierauf basiert auch der Raúl Castro immer wieder zugeschriebene wirtschaftspolitische Pragmatismus: In der militärischen Logik stand die Zielerreichung immer schon vor der Wahrung ideologi-

8. Ein Gespräch mit dem Ersten Sekretär der chinesischen Botschaft in Havanna, Cui Weilei, bestätigte dies.

9. Schon im Krisenmanagement der 1990er Jahre griff man auf Experimente des Militärs zur Effizienzsteigerung der Unternehmen (»perfeccionamiento empresarial«) zurück, und die Produktion des Militärs spielte auch eine zentrale Rolle für die Belieferung der 1994 eröffneten Agrarmärkte.

scher Reinheit; und die von Fidel für die zivile Ökonomie beschworenen politischen Gefahren wirtschaftlicher Öffnung werden hier von Anbeginn durch die Einbindung in die militärische Hierarchie und Kommandostruktur unterbunden.

Mit der Zeit hat sich so ein Eliten-Sektor herausgebildet, den Kritiker als militärisch-unternehmerischen Komplex bezeichnen und als neuen hegemonialen Block innerhalb der kubanischen Führung verorten.¹⁰ Und seit der Amtsübernahme Raúls sind die kubanischen Militärs sehr viel prominenter als zuvor in die erste Reihe der politischen Exekutive aufgestiegen. Insbesondere für die Wirtschaftspolitik rekrutiert Raúl Castro viele seiner zentralen Kader aus dem Wirtschaftsapparat des Militärs. Als einer der maßgeblichen Wirtschaftsberater des Präsidenten gilt dabei Colonel Luis Alberto Rodríguez-Callejas, der die zentrale Unternehmensholding des Militärs, GAESA (Grupo de Administración Empresarial), führt – und der Raúls Schwiegersohn ist. Der altgediente Comandante de la Revolución Ramiro Valdés, der Kubas internen Sicherheitsapparat aufbaute und lange Zeit Innenminister war, wurde unter Raúl zunächst Kommunikationsminister und dann im vergangenen Jahr mit einer neu geschaffenen Sonderfunktion als Macht hinter dem Thron der Ministerien für Bauwesen, Basisindustrie und Kommunikation etabliert. Der jüngst ins Amt berufene Wirtschaftsminister Adel Izquierdo Rodríguez ist kein Armeegeneral, hat sich seine Meriten jedoch als ehemaliger Leiter der Planungs- und Wirtschaftsabteilung des Armee-Ministeriums verdient. Auch der öffentlich als Architekt der gegenwärtigen Wirtschaftsreformen geltende Marino Murillo Jorge, der auf dem Parteitag zu einer Art Superminister des wirtschaftlichen Umbaus avancierte, ist kein Berufsmilitär; dennoch ist er ein Mann, dessen Verständnis von Ökonomie mit militärischer Logik geprägt wurde: Sein Wirtschaftsstudium absolvierte er an Kubas Nationaler Verteidigungsakademie, dem Colegio Nacional de Defensa. Für eine herausgehobene Vertrauensposition unter Raúl scheint eine solche Grundierung unverzichtbar.

Eine andere Frage aber ist, ob diese militärische Prägung adäquate Voraussetzungen für eine gesamtwirtschaftliche Reformpolitik bietet. Die bisherigen Erfahrungen sind ernüchternd. So machte Raúl einen seiner engsten

Vertrauten, General Ulises Rosales del Toro, zunächst zum Minister für Zuckerwirtschaft und in der Folge zum Minister für Landwirtschaft. In beiden Ämtern war die Bilanz alles andere als überzeugend. Der General verfügte die Schließung Dutzender unrentabler Zuckermöhlen; von einst 161 sind heute noch ganze 39 in Betrieb. Aber er schaffte praktisch nirgends eine Dynamisierung der Produktion. Die Zuckerernte fiel auf einen historischen Tiefstand. Auch in vielen anderen Bereichen sank die Agrarproduktion statt sich zu erholen.

Das kubanische Militär hält viel auf sein Image als eine vergleichsweise effiziente Institution innerhalb des kubanischen Systems.¹¹ Den Beweis aber, dass seine Methoden und Herangehensweisen auch für die Volkswirtschaft des Landes das richtige Rezept sind, muss es erst noch erbringen. Das Beispiel des zum Zuckerminister mutierten Generals könnte symptomatisch dafür sein, dass es ihm leichter fällt, Ausgabenkürzungen mit harter Hand durchzusetzen als Produktivkräfte zu stimulieren. Es gibt ein berühmtes Zitat des kubanischen Nationalhelden José Martí, der im Unabhängigkeitskampf einen seiner Militärführer, Máximo Gómez, in die Schranken wies: »Man begründet ein Volk nicht auf die gleiche Weise, in der man ein Militärlager befiehlt.«¹² Dies gilt wohl auch für die Ökonomie.

5. Wirtschaftsreformen als Anpassung an eine stratifizierte Gesellschaft

Eine der größten Leistungen der kubanischen Revolution war der Aufbau einer vergleichsweise egalitären Gesellschaft – zumindest wenn man die Emigration Hunderttausender vorwiegend aus der alten Ober- und Mittelschicht ausklammert. Auf der Insel aber entstand eine Gesellschaft weitgehender sozialer Inklusion, in der die politische Haltung zur Revolution mehr über soziale Aufstiegschancen entschied als die alten Ungleichheitsstrukturen von Herkunft und Hautfarbe. Im Vergleich zu anderen Ländern der Region war Kuba bei den üblichen Indikatoren zur sozialen Entwicklung über Jahre unübertroffen, von der Lebenserwartung bis zur Alphabetisie-

10. S. etwa die Arbeiten von Haroldo Dilla, z.B. Cuba: la gobernabilidad en la transición incierta; in: Mauricio de Miranda Parrondo (ed.): Cuba: Sociedad, cultura y política en tiempos de globalización, p. 127-150

11. Vgl. ausführlicher Klepak, Hal: Cuba's Military 1990–2005: Revolutionary Soldiers during Counter-Revolutionary Times (Basingstoke and New York: Palgrave Macmillan, 2006)

12. Orig.: »Un pueblo no se funda, General, como se manda un campamento«; Brief Martí an Máximo Gómez vom 20. Okt. 1884. (<http://www.ain.cu/marti/palabra/xvmaximogomez.htm>)

rungsrate, der niedrigen Arbeitslosigkeit bis zur Ärztepro-Einwohner-Dichte. Die Spreizung der Löhne war gering, und das monetäre Einkommen eh nur ein Faktor neben mehreren anderen, der über soziale Stellung und Lebensperspektiven entschied. Wo Arbeit und Bildung, Gesundheitsfürsorge und Rente allen garantiert und die Konsummöglichkeiten wenig ausdifferenziert waren, blieben die sozialen Kontraste gering.

In der tiefen Krise nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion änderte sich dies grundlegend: Die heutige kubanische Gesellschaft ist sozial zwar noch nicht so polarisiert wie andere lateinamerikanische Gesellschaften, aber sie ist inzwischen doch klar und dauerhaft stratifiziert. Genau an dieser in den letzten 20 Jahren erwachsenen Heterogenität der kubanischen Gesellschaft setzt, sozial gesehen, die Raúl'sche Reformagenda an.

Von links wird Kubas neue soziale Ungleichheit oft auf die Öffnung für den internationalen Tourismus und die Legalisierung des US-Dollars zurückgeführt. Doch dies ist nur die halbe Wahrheit: Die soziale Schere öffnete sich vor allem deshalb so deutlich, weil die Leistungen des sozialistischen Staates so dramatisch abstürzten. Nur weil der Lohn eines Stahlarbeiters auf umgerechnet 20 Dollar im Monat fiel, erhielten die Trinkgelder im Tourismus oder die Überweisungen der Verwandten aus Miami eine so außerordentliche Bedeutung. Die monetäre Kluft ist nicht primär Ursache, sondern Folge der Krise.

Das im Krisenmanagement der frühen 1990er Jahre zur Devisenbeschaffung eingeführte duale Währungssystem des normalen kubanischen Peso (CUP) und des an den Dollar gekoppelten Peso Convertible (CUC) hat den Vorteil, dass sich die Binnenwirtschaft vom internationalen Wettbewerb abkoppeln lässt.¹³ Da die Gehälter in der Regel in dem mit einer niedrigen Kaufkraft ausgestatteten kubanischen Peso ausgezahlt werden (in einigen Sektoren ergänzt durch in CUC gezahlte Prämien als Leistungsanreiz), aber ein Großteil der Güter des täglichen Bedarfs in konvertiblen Pesos gehandelt wird, ist der Zugang zu Devisen eine Schlüsselgröße der neuen sozialen Schichtung.

13. Würde der gegenwärtige offizielle Wechselkurs für die gesamte kubanische Wirtschaft gelten, bräche die Ökonomie fast komplett zusammen – im Mechanismus vergleichbar mit der ehemaligen DDR nach der Währungsunion, wobei das Missverhältnis zwischen CUC und CUP mit 1:25 noch dramatischer ist als das zwischen D-Mark und Mark der DDR.

Haushaltsbefragungen zeigen, dass Familien nicht mehr ausschließlich von ihrem Einkommen aus dem staatlichen Sektor leben können, sondern praktisch alle auf Zusatzeinkünfte diverser Art angewiesen sind, von Subsistenzproduktion über den allgegenwärtigen informellen oder Schwarzmarkt bis hin zur Suche nach legaler oder weniger legaler Partizipation an der Devisenökonomie. Damit aber hat die Lohnarbeit ihre Zentralität in der Familienökonomie verloren, mit entsprechend verheerenden Folgen für Arbeitsdisziplin und -produktivität. In seinem Rechenschaftsbericht für den Parteitag hat Raúl Castro von der »umgedrehten Pyramide« gesprochen, die durch die monetären Verzerrungen verursacht wird: Dass Berufe, die eine hohe Ausbildung erfordern und früher mit hohem Sozialprestige verbunden waren, eine so schlechte Bezahlung bieten, dass Tausende von Lehrern in den Tourismussektor abgewandert sind und ein Arzt, der zum Salsa-Sänger umschult, zum »Role Model« der Jugend wird.¹⁴ Neben der Auswanderung in andere Länder hat auch diese, sich im Land vollziehende »Migration« aus der Peso- in die Devisenökonomie, gerade in den Bereichen von Bildung und Gesundheit, die einst der Stolz der Revolution waren, zu von vielen Kubanern als dramatisch erlebten Einbrüchen in der Qualität der staatlichen Leistungen geführt.

Nach verschiedenen Schätzungen haben etwa 50 bis 60 Prozent der Kubaner direkt oder indirekt Zugang zur konvertiblen Währung CUC. Dies lässt zum einen ein Drittel bis die Hälfte der Bevölkerung außen vor und auf die Leistungen der Peso-Ökonomie angewiesen. Und auch unter den Kubanern mit Devisenzugang sind die CUC-Einnahmen extrem ungleich verteilt. Für die einen reicht es gerade mal dazu, das Bratöl und ein paar Hygieneartikel in den Devisenshops zu kaufen und sich ab und zu Fleisch oder ein neues Kleidungsstück zu gönnen. Andere haben Deviseneinkünfte von mehreren hundert Dollar pro Monat, sie gehen für CUC Essen und Trinken, kaufen Musikanlagen von Sony und telefonieren per Handy. Die Dichotomie der zwei getrennten Währungen ist irreführend: Die Einkommensskala bewegt sich auf einem Kontinuum mit vielen Zwischentönen.

Eine besondere Bedeutung haben die Überweisungen der emigrierten Kubaner an ihre Familienangehörigen auf der Insel, die so genannten Remittances, oder spa-

14. Ein in den 1990er Jahren vom Arzt zum Star der Salsa-Szene avancierter Sänger trug diesen Wandel gleichsam als Ehrentitel im Namen: »Manolin, el Médico de la Salsa«.

nisch Remesas. Ihr Umfang wird auf mehr als eine Milliarde US-Dollar pro Jahr geschätzt, weit mehr als Kubas Einnahmen durch Tabak und Zucker zusammen.¹⁵ Da die Emigrantengemeinde ganz überwiegend aus »weißen« Kubanern besteht, schaffen diese Überweisungen entlang der Familienbande auch in Kuba eine enorme Schiefelage entlang der Hautfarbe. Zwar schöpft der Staat die Remittances-Gelder am Ende über die Devisenshops zuverlässig ab, doch bis dahin ermöglichen sie ihren Empfängern ein sehr viel höheres Konsumniveau.

Präzise Daten zu den neuen Ungleichheiten sind in Kuba kaum zu finden. Der Gini-Koeffizient etwa, das international übliche Maß zur Erfassung von Einkommens- und Vermögensungleichheit, wird, wenn die offiziellen Stellen in Kuba ihn überhaupt berechnen, nicht öffentlich gemacht – bzw. nur auf Basis der CUP-Einkommen, womit seine Aussagekraft praktisch gegen null geht.¹⁶ Aber auch partielle Daten geben eine Vorstellung von der Stratifizierung der kubanischen Gesellschaft und den auseinanderfallenden sozialen Lebenswelten.

Eine empirische Studie kubanischer Wissenschaftler zur Nahrungsmittelversorgung in Havanna etwa zeigt, dass das einkommensschwächste Zehntel der Gesellschaft fast die Hälfte seiner Lebensmittel aus der subventionierten staatlichen Verteilungswirtschaft bezieht, die Hälfte über legale oder informelle Märkte und weniger als 0,1 Prozent über Einkäufe in Hartwährungsläden. Für das Bevölkerungszehntel mit den zweithöchsten Einkommen (ganz zu schweigen von den Top 10 Prozent) sieht dies gänzlich anders aus. Der subventionierte Staatsverkauf macht für sie gerade noch zwölf Prozent aus, der Kauf in den Devisenshops hingegen 32 Prozent.¹⁷

Diese Entwicklung fand seit den 1990er Jahren unter Fidel Castros Amtsführung statt. Nur kam sie im offiziellen Diskurs kaum vor, weil sie dem Mythos der egalitären

sozialistischen Gesellschaft Kubas nicht mehr entsprach. Stattdessen lancierte Fidel seit 2000 die voluntaristisch aufgeladene Kampagne der »Schlacht der Ideen« (Batalla de Ideas) mit emphatischer Mobilisierung der Bevölkerung und großzügiger finanzieller Unterstützung aus Venezuela. Deren Verachtung für materielle Anreize und institutionelle Strukturen führte zu Parallelstrukturen mit hanebüchener Ineffizienz. Und ihre utopisch-idealistische Rhetorik kontrastierte mit einer davon denkbar weit entfernten gesellschaftlichen Realität. Die Jung-Kader, die mit kulturevolutionärem Gestus vor den Tankstellen vorfuhren und kurzerhand die korrupten Tankwarte rausschmissen, füllten schon am nächsten Tag die eigenen Kanister. Auch die Führungskader, die an der Spitze der »Batalla de Ideas« Millionen-Etats dirigierten, waren keine sich selbst aufopfernden Che Guevaras, sondern opportunistische Karrieristen, die inzwischen fast alle wegen Korruption geschasst sind. Fidels Versuch, die neuen sozialen Realitäten mit alter Kampagnen-Politik zu überdecken, endete in einem Debakel.

Raúl Castro geht nun den entgegengesetzten Weg. Er erkennt die soziale Differenzierung bzw. Stratifizierung an, anstatt sie zu negieren, und er nimmt sie zum Ausgangspunkt seiner Wirtschaftspolitik. Bereits eine seiner ersten Maßnahmen hatte Signalgehalt: die Freigabe des Zugangs zu Handys, Computern und Hotels, die bislang Ausländern vorbehalten waren. Natürlich kann sich dies nur ein Teil der Gesellschaft leisten, allen voran eine entstehende urbane Mittelschicht mit Devisenzugang. Doch wenn für diese keine legalen Anreize geschaffen werden, so das Kalkül, dann werden sie diese entweder außerhalb der Legalität suchen oder – wie so viele – Emigration als Ausweg wählen.

Für die politische Logik entscheidend ist dabei, dass die leitenden und mittleren Kader in Staat, Partei und Militär Teil dieser neuen Mittel- und Oberschicht sind. Denn jenseits der Familien-Überweisungen sind viele Deviseneinkünfte staatsvermittelt. Ein Großteil des Tourismus-Geschäfts etwa ist in den Händen des Staats oder des Militärs. Die Managementposten der Staatsunternehmen im Devisensektor werden politisch besetzt. Auch für den Zugang zu lukrativen Arbeitsplätzen bei Joint Ventures ist die staatliche Beschäftigungsfirma das entscheidende Nadelöhr, nicht die individuelle Kompetenz. Musiker, Schriftsteller und andere Kulturschaffende können über Auslandsreisen, Tantiemen oder internationale Verträge selbst hohe Deviseneinnahmen legal verbu-

15. Vgl. Orozco, Manuel: On Remittances, Markets and the Law: the Cuban Experience in Present Times; FIU, commissioned report: http://casgroup.fiu.edu/pages/docs/1176/1267643297_On_Remittances,_Markets_and_the_Law.pdf

16. Bspw. Ferriol Muruaga, Angela. 2003. »Acercamiento al estudio de la pobreza en Cuba.« Paper presented at LASA Congress, Dallas. Unpublished.

17. Zitiert in: Mayra Espina y Viviana Togores. Cuba, hacia un perfil general de la movilidad social en la Reforma. Constricciones macroestructurales y microprocesos. La Habana: CIPS http://www.cips.cu/images/otras_publicaciones/1-estructura/1-Estructura.pdf. Die genannte Erhebung stammt aus dem Jahre 2004; es ist davon auszugehen, dass sich die soziale Bresche seitdem weiter vertieft hat.

chen, solange sie im Gegenzug die Mindestanforderungen politischer Loyalität erfüllen.

Neu ist nicht, dass diese Sektoren mehr Einkommen oder Vermögen haben als andere; neu ist, dass sie damit mehr anfangen können als vorher. Die soziale Ungleichheit wird damit sichtbarer. Noch gehen diese Einkommensunterschiede zum Großteil in den Konsum. Eine andere, tiefer gehende Ungleichheitsstruktur wird sich entwickeln, wenn mit der Öffnung für mehr Privatgeschäfte die höheren Einkommen und Vermögen tatsächlich gewinnbringend investiert werden können.

Auf der anderen Seite der sozialen Hierarchie stehen die Bezieher von Peso-Einkommen mit nur geringer Anbindung an Markt- oder Deviseneinkünfte. Das Versprechen der Reform ist für sie im Kern dreierlei: Zum einen, dass mit einer Effizienzsteigerung der kubanischen Wirtschaft auch der kubanische Peso wieder an Wert gewinnt, und damit auch die Kaufkraft der Löhne und Renten; zweitens, dass sie neue und einträglichere Beschäftigung im nicht-staatlichen Sektor finden; und drittens, dass an die Stelle der Subventionierung nach dem Gießkannenprinzip eine zielgruppenorientierte Sozialpolitik tritt, die den wirklich Bedürftigen hilft.

Alle diese Versprechen stoßen jedoch auf tiefe Skepsis. Die Öffnung für selbständige Arbeit bleibt bislang so begrenzt, dass daraus kaum Arbeitsmarkteffekte entstehen; und gerade die älteren Staatsangestellten haben wenige Illusionen, dass sie für einen wachsenden Privatsektor die gefragtesten Arbeitskräfte sein werden. In einem Aufsatz über Kubas »unsichtbare Generation« fragt der Schriftsteller Leonardo Padura: »Wie viele der heute 45- bis 55-Jährigen sind körperlich und psychologisch noch in der Lage, sich in diesem herausbildenden neuen Wirtschaftsmodell neu zu erfinden?«¹⁸ Der Staat entlässt sie in eine Ökonomie, in der sie der massiven Konkurrenz der 20 und 30 Jahre jüngeren ausgesetzt sind, in der in der Regel aber ihre Erfahrungen und Fähigkeiten kaum gefragt sind.

Die Aussicht auf steigende Löhne ist derzeit kein Trost. Zu vage ist das Versprechen eines Wertzuwachses des kubanischen Pesos, zu präsent dagegen der Anstieg vieler Preise. Und zu dramatisch das Gefälle zwischen

normalem und konvertiblem Peso. Selbst eine Verdoppelung des Gehalts würde da wenig ausgleichen. Und schließlich die Ankündigung einer neuen, zielgenaueren Sozialpolitik, die an die Stelle der alten treten soll: Bislang hat der Staat hierzu noch überhaupt keine konkreten Pläne benennen können. Die ständige Beschwörung aber, dass die Staatskassen leer und deshalb dramatische Sparmaßnahmen unvermeidlich sind, lässt mit Sicherheit eines erwarten: Wie auch immer eine neue Sozialpolitik aussehen mag, sie wird mit sehr knappem Geld auskommen müssen.

Nun ist die kubanische Gesellschaft, wie andere auch, nicht nur eine Ansammlung von Individuen. Familiennetze haben große Bedeutung. Ein Schwager mit Landwirtschaft, ein Onkel in Miami oder ein Sohn mit gut laufendem Business können die individuelle Lage sofort verändern, und viele in Kuba vertrauen darauf, dass man irgendwie immer über die Runden kommen wird. Und in einer erweiterten Familienlogik kann es auch sehr ambivalent sein, ob man sich als potenziellen Reformgewinner oder -verlierer sieht.

Gleichwohl wird die Regierung die vorherrschende Skepsis nur durch Beweise in der Praxis überwinden können. Durch steigende Löhne, durch die Aufwertung des Peso, durch mehr Essen auf dem Tisch. Das Dilemma ist, dass diese möglichen Ergebnisse der Reform gleichermaßen schon als ihre Voraussetzung erscheinen.

6. Fidel tritt ab: das Ende eines langen Interregnums

Einen historischen Einschnitt markiert der im April abgehaltene VI. Parteitag mit Sicherheit in personeller Hinsicht. Fidel Castro hat auch das letzte ihm verbliebene politische Amt, den Vorsitz der Partei, an Raúl übergeben. Damit kommt die lange, über fünf Jahre gestreckte Ablösung des einst allgewaltigen Übervaters Fidels an ihren formalen Endpunkt. Denn als Fidel im Sommer 2006 schwer erkrankte, übertrug er seine Ämter in Staat und Partei nur vorübergehend an seinen Vize und Bruder Raúl. Erst 2008 trat dieser dann, von der Nationalversammlung gewählt, die Amtsnachfolge Fidels als Staats- und Regierungschef an (Vorsitzender des Staatsrats und des Ministerrats). In der Partei blieb er offiziell Vize, der nur als Stellvertreter die Ämter führte. Mit dem Parteikongress wird nun auch dieses letzte Interregnum

18. Padura Fuentes, Leonardo: Cuba: La generación escondida; <http://pelusaradical.blogspot.com/2011/02/cuba-la-generacion-escondida-leonardo.html>

beendet.¹⁹ Kuba ist nun ohne Wenn und Aber in der Nach-Fidel-Ära angekommen.

Gleichwohl war Fidel in den Tagen vor und während des Kongresses allgegenwärtig. Denn der unverzichtbare Mechanismus zur Legitimation von Veränderung ist, auch wenn dies paradox erscheint, die Legitimation durch Kontinuität. Dem Entwurf der »Líneamientos« als Motto vorangestellt ist so ein Fidel-Zitat: »Revolución, das heißt, all das zu ändern, was geändert werden muss.«²⁰ Gerade durch seine inhaltliche Leere dient es als perfektes Passepartout für jedwede politische Wendung.

Auch auf der Titelseite der Parteizeitung prank im Vorfeld des Kongresses jeden Tag ein Zitat Fidels, das geeignet scheint, den einen oder anderen Aspekt der von Raúl gesetzten Agenda zu untermauern – etwa Aufrufe gegen die Trägheit der Bürokratie, für die Einheit der Partei oder für wirtschaftliche Effizienz. Und schließlich setzte die politische Regie den Parteikongress zeitlich direkt an den Anschluss der Militärparade zum 50. Jahrestag des Sieges über die Invasion in der Schweinebucht 1961.

Das Verblüffende an dieser Inszenierung ist, dass sie noch zu Lebzeiten Fidels erfolgt. Niemand weiß, wie die beiden Brüder dies hinter den Kulissen ausgepokert haben mögen, doch das Ergebnis ist eine funktionierende Arbeitsteilung: Fidel akzeptiert seine Rolle als Legitimierer der Regierung Raúl. Er hat eingeräumt, dass das alte Modell des kubanischen Sozialismus nicht mehr funktioniert, und dass auch er kein As im Ärmel hat, um es über die Zeit zu retten.²¹ Darüber hinaus schreibt er in seinen zahlreichen Zeitungsbeiträgen wortreich über Gott und die Welt, verzichtet aber auf jeglichen Kommentar zur kubanischen Innen- oder Wirtschaftspolitik. Und er erschien auf dem Parteitag persönlich, ein gebrechlicher alter Mann, der seinen Abschied von der politischen Bühne nahm und qua Anwesenheit seinen Nachfolgern und ihrer Politik seinen Segen gab.

19. Ein Beitrag Fidel Castros in der Parteizeitung nahm diese Entscheidung bereits drei Wochen vor dem Kongress vorweg. Er sei 2006 ohne zu zögern von seinem Amt als Parteichef zurückgetreten, ließ der einstige Comandante en Jefe zur Verblüffung aller wissen; nur habe er aus Unachtsamkeit die Formalia in Sachen Rücktritt nicht ganz beachtet. (Castro, Fidel: Los zapatos me aprietan; Granma 22.3.2011, S. 2).

20. Orig.: »Revolución es (...) cambiar todo lo que debe ser cambiado (...)«(PCC 2011, op cit)

21. Goldberg, Jeffrey (2010), Fidel: Cuban Model doesn't even work for us anymore; in: The Atlantic Monthly, 8.9.2010.

Raúl seinerseits lässt kein Blatt zwischen sich und Fidel kommen. Auch wenn er zahlreiche Politik-Fehler der Vergangenheit einräumt, dann macht er diese nie an Fidel fest; vielmehr sind es immer gemeinsame Fehler eines kollektiven Akteurs, der »historischen Generation« der Revolution. Bemerkenswerterweise führt die Anerkennung dieser Fehler aber nicht zu einem Rücktritt, sondern ganz im Gegenteil: Aus ihr leitet sich vielmehr die Verpflichtung eben dieser »historischen Generation« ab (und niemand sonst darf dies tun), in der knappen ihnen noch verbleibenden Lebenszeit »die Fehler zu korrigieren, die wir in fünf Jahrzehnten des Aufbaus des Sozialismus in Kuba gemacht haben.«²² Die Anerkennung vergangener Fehler mag Bescheidenheit signalisieren, in der Praxis erwächst aus ihr jedoch das Mandat zum Verbleib an der Macht.

Die symbolische Allgegenwart Fidels in der Inszenierung des Parteitags kontrastiert dabei mit einem auch emotionalen Bedeutungsverlust für die Bevölkerung. Fidel selbst, so scheint es, demontiert seine historische Rolle. Seine »Reflexionen« etwa, die sich seit Jahren nur noch über internationale Politik und globale Probleme, über Milosevic und Gaddafi, den Klimawandel und die Weltfinanzen drehen, lesen die Menschen auf der Insel mittlerweile wohl vor allem als eines: als Desinteresse an ihnen. Als Folge ist er ihnen, so scheint es, fast so etwas wie gleichgültig geworden. Fidel ist nur selten noch Gegenstand von Spekulationen oder Gesprächen. Sein Rücktritt als Parteichef? Kaum jemand in den Straßen Havannas, dem dies einen Kommentar Wert war. Selbst wer auf die Regierung flucht, flucht nicht mehr auf ihn, sondern auf »ellos«, auf »die da oben«.

7. Raúl folgt auf Fidel – aber wer folgt auf Raúl?

Für den Parteikongress warfen der Rücktritt Fidel Castros und das Nachrücken seines Bruders an die Parteispitze eine andere Frage auf: Wer wird die neue Nummer Zwei? Da Raúl Castro in diesem Jahr 80 wird, ist der Blick

22. Rede Raúl Castros vor der Nationalversammlung am 18.12.2010: »El VI Congreso del Partido debe ser, por ley de la vida, el último de la mayoría de los que integramos la generación histórica; el tiempo que nos queda es corto y (...) estamos en la obligación de aprovechar el peso de la autoridad moral que poseemos ante el pueblo para dejar el rumbo trazado.« Und: »Estamos convencidos que tenemos el deber elemental de corregir los errores que hemos cometido en estas cinco décadas de construcción del Socialismo en Cuba.«/R. Castro, Op. cit.)

Das neue Politbüro

- Raúl Castro Ruz. Erster Sekretär des Zentralkomitees der KP. Präsident des Staats- und Ministerrats. Armeegeneral. 79 Jahre alt.
- José Ramón Machado Ventura. Zweiter Sekretär des Zentralkomitees der KP. Erster Vizepräsident des Staats- und Ministerrats. Langjähriger Organisationssekretär der Partei; 80 Jahre alt.
- Ramiro Valdés Menéndez. Comandante de la Revolución, einer der Vizepräsidenten des Staats- und Ministerrats. Langjähriger Innenminister, Gründungsvater der kubanischen Staatssicherheit, 78 Jahre alt.
- Abelardo Colomé Ibarra. Armeegeneral, einer der Vizepräsidenten des Staats- und Ministerrats, amtierender Innenminister, 71 Jahre alt.
- Julio Casas Regueiro. Armeegeneral, einer der Vizepräsidenten des Staatsrats, amtierender Verteidigungsminister. 75 Jahre alt.
- Esteban Lazo Hernández. Einer der Vizepräsidenten des Staatsrats. Aufstieg über die Parteistrukturen. 67 Jahre alt.
- Ricardo Alarcón de Quesada. Präsident der Nationalversammlung. 73 Jahre alt.
- Leopoldo Cintra Frías. Armeegeneral. Mitglied des Staatsrats, Erster Stellvertretender Verteidigungsminister. 70 Jahre alt.
- Miguel Díaz-Canel Bermúdez. Minister für Höhere Bildung. 50 Jahre alt.
- Ramón Espinosa Martín. Armeegeneral. Stellvertretender Verteidigungsminister. 72 Jahre alt.
- Alvaro López Miera. Armeegeneral. Mitglied des Staatsrats. Stellvertretender Verteidigungsminister und Generalstabschef der kubanischen Streitkräfte. 68 Jahre alt.
- Salvador Valdés Mesa. Generalsekretär des Gewerkschaftsdachverbands CTC. Mitglied des Staatsrats. 66 Jahre alt.
- Marino Murillo Jorge. Vizepräsident des Ministerrats und Vorsitzender der Kommission für die Umsetzung der Parteitagsbeschlüsse; 51 Jahre alt, neu ins Politbüro gewählt.
- Adel Izquierdo Rodríguez. Seit März 2011 Minister für Wirtschaft und Planung. 65 Jahre alt, neu ins Politbüro gewählt.
- Mercedes López Acea. Erste Sekretärin der KP in Havanna. Einzige Frau im Politbüro. 46 Jahre alt, neu ins Politbüro gewählt.

auf den Stellvertreter naheliegend. Doch der Apparat ließ eine möglicherweise konfliktive Personaldiskussion gar nicht erst aufkommen: Der 80-jährige Parteiveteran Machado Ventura, den Raúl vor drei Jahren zum Verdross der Reformkräfte zu seinem Ersten Stellvertreter in Staat und Regierung gemacht hatte, wurde nun auch in der Partei sein Vize. Wenn Raúl Castro bei seiner Rede vor der Nationalversammlung im Dezember betonte, dass dieser Kongress der letzte noch von der »historischen Generation« geführt sein werde, dann kann dies eben auf zwei Weisen gelesen werden: Als Notwendigkeit, den Generationenwechsel vorzubereiten, oder als Verweis darauf, dass dieser jetzt noch nicht ansteht. Die Ernennung des neuen Politbüros unterstrich die ganze

Ambivalenz des Raúl'schen Erneuerungsdiskurses. Seine Rede ist voll von Generationswechsel und Verjüngung; in der internationalen Presse fand auch seine Ankündigung, Amtszeiten führender Politiker künftig auf maximal zehn Jahre zu begrenzen, großes Echo. Doch für das Hier und Jetzt gilt das alles nicht. Das neue Politbüro verkörpert den maximalen Schulterchluss der alten Garde, aber ganz sicher keinen schwungvollen Aufbruch in eine Reformära. Nur drei der 15 Mitglieder sind noch nicht im Rentenalter, die Mehrzahl ist über 70 (s. Kasten). Und das Gewicht des Militärs ist stärker denn je. Die gesamte Armeeführung ist vertreten. Zu den sechs Generälen in Uniform kommt Ramiro Valdés hinzu, der als historischer »Comandante« der Revolution und Gründungsvater der

kubanischen Staatssicherheit noch bis vor Kurzem auch immer in Uniform auftrat.

Machado Ventura, der altgediente Organisationssekretär und Zuchtmeister der Partei, ist für seine Loyalität mit dem Vize-Posten hinter Raúl belohnt worden. Aber jenseits davon haben die klassischen Parteifunktionäre an Boden verloren; das Sagen auch in der Partei haben die Militärs. Aufgestiegen sind daneben allein die beiden Hauptverantwortlichen für die Wirtschaftsreform, der als Leiter einer Kommission zur Umsetzung der Parteitagsbeschlüsse de facto zum »Zar der Transformation« aufgestiegene bisherige Wirtschaftsminister Marino Murillo und sein Amtsnachfolger im Ministerium, Adel Izquierdo Rodríguez. Dritter Newcomer ist die KP-Vorsitzende von Stadt Havana, die als einzige Frau und mit 46 Jahren jüngste im Politbüro, weithin als Alibi-Besetzung angesehen wird.

Eine weitere Personalentscheidung passt ins Bild. Der 79-jährige Revolutionsveteran José Ramón Balaguer kehrt in das Sekretariat des Zentralkomitees zurück und wird dort für internationale Beziehungen zuständig. Balaguer war Kubas Botschafter in Moskau während der Perestrojka-Zeit und empfahl sich dabei für höhere Aufgaben, indem er frühzeitig in Gegenposition zu den Gorbatschow'schen Reformen ging. In der Folge wurde er in Kuba Ideologie-Chef der KP und war Mitte der 1990er Jahre Interventor der Parteiführung im Fall des Zentrums für Amerika-Studien, dem damaligen Think-tank für einen Reformsozialismus. Niemand verkörpert mehr als Balaguer jenen Typus des Partei-Hardliners, der bei dem Wort Reformen sofort an »Wehret den Anfängen!« denkt.

Ursprünglich hatte Raúl Castro angekündigt, auf dem Parteikongress keinerlei Personalfragen zu diskutieren, sondern diese komplett auf eine später im Jahr abzuhaltende Parteikonferenz auszulagern. Doch hier musste er eine Kehrtwende vollziehen. Zwar konnte sich Fidel jederzeit über die Satzung der KP hinwegsetzen, aber eben nicht Raúl, wenn er sich gleichzeitig als oberster Verwaltungskader eines institutionenbasierten Sozialismus präsentiert. Und die Satzung ist eindeutig: Der Parteikongress ist das höchste Gremium der Partei und wählt als solches das Zentralkomitee, und dieses wiederum das Politbüro.²³ Gleichwohl hat er sich eine Hintertür offen gehalten. Die

Parteikonferenz wird Anfang kommenden Jahres stattfinden und sie wurde explizit mit der Kompetenz ausgestattet, die personelle Erneuerung weiterzuführen. Die Position des Parteivizes bleibt dabei aber mit Sicherheit ausgeklammert. Der 80-jährige Machado Ventura ist eine Idealbesetzung, um jegliche Diskussion über einen möglichen »Kronprinz« Raúl's zu vermeiden.

Die Frage des Generationenwechsels an der Spitze bleibt vertagt. Sie wird dann wieder auf die Tagesordnung kommen, wenn Raúl's formale Amtszeit als Staats- und Regierungschef in drei Jahren zu Ende geht. Doch auch das ist nicht gesichert. Das jetzt verabschiedete Reformprogramm brauche mindestens fünf Jahre, um sich zu entfalten, so Raúl auf dem Parteitag. Nicht undenkbar, dass er sich gerufen fühlt, das Steuer des Schiffes nicht auf der Mitte des Weges abzugeben. Die Ambivalenzen sind bewusst gestreut: Sein Plädoyer für eine Begrenzung der Führungsämter auf zwei Amtszeiten kann so auch als dezenter Hinweis gelesen werden, dass er ja noch eine zweite Amtszeit antreten könnte.

8. Vermittler und Bündnispartner: die neue Rolle der katholischen Kirche

Eine der bemerkenswertesten innenpolitischen Entwicklungen der letzten Jahre ist der Bedeutungszuwachs der katholischen Kirche. Standen Revolution und Bischöfe sich einst feindlich gegenüber, gab es seit den 1980er Jahren einen Prozess schrittweiser Normalisierung. Diskriminierungen sind gefallen, seit 1991 dürfen bekennende Gläubige auch Mitglieder der Kommunistischen Partei werden. Höhepunkt der Entspannungspolitik Fidels war der Kuba-Besuch von Papst Johannes Paul II. 1998.

Unter Raúl's Amtszeit hat die Kirche jedoch eine Aufwertung strategischer Art erfahren: Er sucht sie als potenziellen Bündnispartner und politischen Vermittler. Weithin sichtbar wurde dies bei der Freilassung von mehr als 100 inhaftierten Oppositionellen, die die Regierung mit Kardinal Jaime Ortega und dem spanischen Außenminister Matutinos im Sommer 2010 ausgehandelt hatte. Die katholische Kirche war dabei nicht nur die Instanz, die den Kontakt zu den Inhaftierten und Familienangehörigen unterhielt, sie agierte gleichsam als Sprachrohr der Regierung, die sich selbst öffentlich kaum zu den Freilassungen äußerte. Sogar die Parteizeitung druckte

23. Estatutos del PCC, Artículo 20 und Artículo 47. (www.pcc.cu/documentos/estatutos/estatutos.pdf)

eine Erklärung der Kirche ab, nicht eine der staatlichen Stellen.

Doch dies ist keineswegs ein Einzelfall. Regierung und Kirche suchen mehr Nähe denn je. Hatte im Jahr 2000 der Streit um den Flüchtlingsjungen Elián González zu einer Kampagne politischer Hyper-Mobilisierung in Kuba geführt, nahm Raúl Castro nun zum 10. Jahrestag der Rückkehr des Jungen an einer katholischen Messe teil. Im November wohnte Raúl der Einweihung des ersten Priesterseminars bei, das seit der Revolution neu gebaut werden konnte. Eine kleine Zeitschrift namens »Espacio Laical«, eigentlich nur für die innerkirchliche Kommunikation gedacht, ist mit Segen von oben zu einer viel beachteten Plattform der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Reformdiskussion avanciert.²⁴

Das partielle Bündnis mit der katholischen Kirche ist für die kommunistische Staatsführung auch der Versuch, die einzige nicht-staatliche Organisation mit landesweiter Präsenz und hohem Institutionalisationsebene²⁵ einzubinden und für sich neue Legitimationsressourcen zu erschließen. Dazu hat die Kirche historisch eine besonders starke Rolle in den Bereichen sozialer Fürsorge, aus denen der sozialistische Staat sich aufgrund seiner Finanznot jetzt mehr und mehr zurückzieht. Hier bietet sich ein weites Feld potenzieller Zusammenarbeit von strategischer Bedeutung für beide.

Unter Kardinal Jaime Ortega ist die katholische Kirche für die Kommunistische Partei ein verlässlicher Partner geworden. Dies funktioniert auch deshalb so gut, weil beide ähnlich klar hierarchisch strukturiert sind. Und es funktioniert auch, weil die Kirchenführung sich ihre wachsenden Freiräume für moderate Positionen damit erkaufte, dass sie selbst mit harter Hand gegen jene Kreise innerhalb der Kirche vorgeht, die in ihrer Kritik zu weit gehen. Prominentes Beispiel dafür war die Schließung der unter dem Dach der Kirche erstellten Zeitschrift »Vital« vor einigen Jahren – nicht durch den Staat, sondern durch die Kirchenführung selbst. Die Mitglieder der Herausgebergruppe von »Vital« um Dagoberto Valdés, die seitdem eine Internet-Publikation namens »Convivencia« betreiben, gelten der Kirchenleitung fast in glei-

chem Ton als zu isolierende Dissidenten wie dem Staat.

Der Parteitag hat den strategischen Charakter der Annäherung zwischen katholischer Kirche auf bemerkenswerte Weise unterstrichen. Raúl Castros zentraler Rechenschaftsbericht enthielt unverhofft einen langen Passus zur positiven Rolle der Religion im Allgemeinen und der katholischen Kirche im Besonderen. (Und typisch für substanzielle Politikwenden, abgesichert durch gleich mehrere in den Tiefen der Archive ausgegrabene Fidel-Zitate.) Nicht nur werden die katholischen Bischöfe für ihre Vermittlerrolle bei der Freilassung »konterrevolutionärer Häftlinge« gelobt, sondern es wird auch eine tiefgreifende historische Übereinstimmung im Einsatz für soziale Gerechtigkeit und freies Vaterland konstatiert. Kein Zweifel, es geht Raúl um die Etablierung eines ideologischen Rahmens für langfristig angelegte Kooperation.

9. Ein anderer Umgang mit Opposition und Kritik?

Die von Raúl Castro angestoßene wirtschaftspolitische Reformdebatte steht unter der übergeordneten Prämisse, dass ein politischer Systemwechsel ausgeschlossen ist. Jede Forderung nach pluralistischer Demokratie wird mit Konterrevolution gleichgesetzt, Oppositionelle gelten als Söldner des Imperialismus. Dennoch sind unter Raúl auch im Umgang mit der Opposition Veränderungen erkennbar. Am meisten Medienöffentlichkeit erhielt die Freilassung von über 100 inhaftierten Dissidenten, darunter all jene aus der Verhaftungswelle im Frühjahr 2003, dem so genannten »schwarzen Frühling«. Die langen Haftstrafen, zu denen damals 75 gewaltlose Oppositionelle verurteilt wurden, waren eine martialische Machtdemonstration Fidel Castros, und sie führten zu einer Eiszeit in den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Kuba.

Die mit der katholischen Kirche und der spanischen Regierung ausgehandelte Freilassung der Gefangenen brachte dabei für das Regime durchaus Gewinn. Sie bot Raúl Castro die Möglichkeit, ein Hindernis in den internationalen Beziehungen ohne Gesichtverlust aus dem Weg zu räumen. Zudem sind bis auf zehn alle Entlassenen mitsamt Familienangehörigen ins Exil gegangen und somit von der politischen Bühne der Insel verschwunden. Geschwächt wurde damit auch eine der prominentes-

24. Siehe www.espaciolaical.org

25. Andere religiöse Gruppen haben entweder weniger landesweite Verbreitung oder – dies gilt insbesondere für die eigentliche kubanische Volksreligion, die afro-kubanische »Santería« – keine vergleichbaren institutionellen Strukturen.

ten Oppositionsgruppen der letzten Jahre, die 2005 mit dem Sacharow-Preis des Europäischen Parlaments ausgezeichneten »Damas in Weiß«; für die die Freilassung ihrer inhaftierten Familienangehörigen hatten sie sich organisiert und mit sonntäglichen Demonstrationen eingesetzt. Etliche der »Damas« sind ihren Männern, Söhnen oder Brüdern ins Exil gefolgt. Die Verbliebenen haben erklärt, sich trotz der Freilassung der 75 Gefangenen weiterhin für die Menschenrechte in Kuba einzusetzen. Doch die unmittelbare Causa ihrer Organisation ist nicht mehr gegeben, und es bleibt fraglich, ob ihre Rolle künftig ähnlich prominent sein kann wie in den vergangenen acht Jahren.

Raúl Castro sucht, dies wird deutlich, einen flexibleren Weg, bei dem die repressive Seite der Machtsicherung unterhalb der Schwelle langer Haftstrafen oder prominenten »Fällen« bleibt, die unweigerlich zu internationalen Protesten führen. Gleichwohl bleibt der autoritäre Charakter des Systemerhalts unstrittig. An die Stelle drakonischer Haftstrafen sind vor allem drei Arten von Maßnahmen getreten, die das politische Klima schwer belasten:

a) Physische Drangsalierung durch so genannte »actos de repudio«. Dabei handelt es sich um staatlich organisierte »Volkszorn«-Aktionen, in denen vermeintlich empörte Bürger vor der Wohnung von Dissidenten zusammenkommen, um diese zu beschimpfen, teilweise auch handgreiflich anzugehen oder das Haus mit Steinen oder anderen Gegenständen zu bewerfen.²⁶ Ernsthaft verletzt wird dabei in der Regel niemand, das Ziel ist vor allem Einschüchterung. In einem Land, das sich als sozialistischer Rechtsstaat begreift und eine ausgebaute Polizei und Justiz aufweist, ist diese informalisierte Repression beunruhigend und auch vielen Parteigängern der Regierung erkennbar unangenehm.

b) Kurzzeitverhaftungen: Allein für den Monat März zählte die oppositionelle kubanische Menschenrechtskommission CCDHRN 264 zumeist kurzzeitige Verhaftungen von Regierungsgegnern.

c) Einschüchterung durch eine seit Anfang März wieder verschärfte Propaganda-Kampagne, deren Höhepunkt die allmorgentliche Fernsehsendung »Las Razones de

Cuba« ist. Um Oppositionelle als Handlanger des US-Imperialismus zu entlarven, zeigt diese Sendung reihenweise abgehörte Telefonate, verdeckte Filmaufnahmen und anderes Material der Staatssicherheit; oft wird dabei auch ein vermeintlicher Dissident als Mitarbeiter der Sicherheitsorgane geoutet und in der Folge als tapferer Agent und Vorbild aller Revolutionäre gefeiert. Letztlich geht es dabei weniger um den jeweils vorgeführten Fall als vielmehr darum, die Allgegenwart des staatlichen Überwachungsapparats zu demonstrieren und ein Klima permanenter Bespitzelungsangst zu schaffen.

Zentrale Bedeutung hat für das Regime die klare Grenzziehung zwischen Freund und Feind. Eine kleine, vom Rest der Gesellschaft isolierte Dissidenz zu tolerieren, damit hat Kubas Staatssozialismus viel Erfahrung. Die Bedrohung besteht darin, dass diese Grenzen aufweichen könnten.

Dies gilt insbesondere für die oppositionelle Blogger-Szene. Spätestens seit der Umsturz in Ägypten als »Facebook-Revolte« um die Weltpresse ging, steht auch in Kuba die Frage nach den politischen Folgen von Internet & Co. im Raum. Die Regierung hat dies kürzlich selbst ins Rampenlicht gehoben, als sie ein Kapitel der aktuellen Leit-Propaganda-Sendung im Staatsfernsehen dem »Cyber-Krieg« – so der Titel – widmete.²⁷ Die unabhängigen Blogger und allen voran ihre prominente Pionierin, die mit einer Vielzahl internationaler Preise ausgezeichnete Yoani Sánchez²⁸, wurden nahtlos in die alte Frontstellung zum US-Imperialismus eingeordnet. Derartige Internet-Opposition sei nur Teil einer neuen Strategie Washingtons, die Revolution mit anderen Mitteln zu Fall zu bringen; Yoani Sánchez eine »Söldnerin«, ihre internationalen Preise die Form ihrer Bezahlung.

Jenseits derartiger Propaganda-Kampagnen sind die oppositionellen Blogger verschiedenen Schikanen ausgesetzt; Sánchez etwa wird regelmäßig die Ausreise zur Annahme von Auszeichnungen oder Einladungen verweigert, in einzelnen Fällen ist es auch zu handgreiflichen »actos de repudios« gekommen. Gleichwohl ist die Strategie des Staates primär eine von Containment

26. Aktuelles Beispiel war die Belagerung eines Treffens der Damas de Blanco am 21. März 2011.

27. Ausgestrahlt am 21. März 2011. Im Internet unter <http://razones-decuba.cubadebate.cu/>

28. Unter anderem der spanische Ortega y Gasset-Preis und das Weblog Award »The Bobs« der Deutschen Welle 2008 sowie der niederländische Prinz-Klaus-Preis 2010. Das Blog von Yoani Sánchez namens »Generación Y« findet sich unter: www.desdecuba.com/generaciony

und Kontaktsperre: Die oppositionellen Blogger werden toleriert, solange sie nicht versuchen, den Protest aus dem virtuellen Raum in den physischen Raum der kubanischen Öffentlichkeit zu tragen; und die medial gezogene Frontstellung erklärt sie für off-limits für all jene Kubaner, die sich innerhalb der offiziellen Institutionen bewegen.

Für ein politisches System, das per Verfassung das staatliche Monopol auf Massenmedien festschreibt, ist die Nutzung der neuen digitalen Kommunikationsmittel allerdings kaum alleine mit dem Verweis auf den US-Imperialismus zu beantworten. Auch im Establishment gibt es zahlreiche Journalisten und Intellektuelle, die ein eigenes Blog schreiben oder ihre Texte per E-Mail oder USB-Stick zirkulieren, ohne dass diese die üblichen Filter einer Parteizeitung oder Chefetage durchlaufen.

In der Folge entstehen sehr viel pluralere Artikulationsformen als es das klassische Medienmonopol des Staatssozialismus vorsah. Im Trial-and-Error-Verfahren werden die Grenzen des Schreib-, Sag- und Zeigbaren ausgelotet. Verschiedene gesellschaftliche Interessengruppen, ob nun die Schwulen- und Lesbenszene oder die Gruppen der im »Observatorio Crítico« lose zusammengeschlossenen kritischen Intellektuellen,²⁹ haben in der Grauzone des zwar nicht formal Erlaubten, aber de facto tolerierten Newsletter- und E-Mail-Verteiler mit teilweise mehr als tausend Adressaten auf der Insel etabliert.

Explizit auf die Parteipolitik zielt dabei die von dem langjährigen Parteikader Pedro Campos 2008 ins Leben gerufene Gruppe »Socialismo Participativo y Democrático« (SPD), die sich als links-sozialistische Kritik der Regierungspolitik versteht. Die offiziellen »Líneamientos« des Parteitags sehen sie als Projekt kapitalistischer Restauration, dagegen setzen sie ein Projekt eines »echten« Sozialismus mit Arbeiterselbstverwaltung und ohne Lohnbeziehungen. Dies mutet – auch in Kuba – hoffnungslos utopisch und rückwärtsgewandt an. Wenn die Gruppe um Campos jedoch per Website und E-Mail-Verteiler einen Gegenentwurf zu den Líneamientos verbreitet,³⁰ dann erhält dies genau dadurch Gewicht, dass es an-

sonsten innerhalb der etablierten Medien und Institutionen keine Möglichkeit zur Artikulation derartiger politischer Gegen-Programme gibt. Es ist auch eine Form der Anerkennung, wenn Raúl Castros Rechenschaftsbericht auf Campos' Kritik reagiert – freilich ohne ihn beim Namen zu nennen, sondern versteckt hinter einer anonymisierenden, aber für die Eingeweihten deutlichen Formulierung.³¹

Pedro Campos selbst ist ein Mann aus dem Kern des Apparats; dem Vernehmen nach war er über Jahre in der Spionageabwehr tätig. Manche halten sein ganzes Engagement für den »Socialismo Participativo« für von der Staatssicherheit inszeniert. Doch selbst wenn dies so wäre: Für eine Staatspartei, der das Fraktionsverbot ein selbstverständlicher Teil ihrer leninistischen Fundierung ist, ist das Tolerieren einer solchen Proto-Partei erstaunlich. Wenn Campos' SPD derart frontale Kritik üben darf, nährt dies naturgemäß die Frage, warum nicht auch andere Gruppen, die die Regierungspolitik aus anderer Perspektive kritisieren, vergleichbare Räume zur Artikulation beanspruchen können.

Doch so oft Raúl Castro seit seiner Amtsübernahme 2006 mehr Raum für Diskussion innerhalb des Rahmens der sozialistischen Institutionen versprochen hat, so wenig fand dies auf dem im April abgehaltenen Parteitag Ausdruck. Er bot das paradoxe Bild einer Rhetorik, die das Zulassen unterschiedlicher Meinungen betonte, aber auf absoluter Einstimmigkeit im Abstimmungsverhalten bestand.

10. Schlussbemerkungen

Mit dem KP-Parteitag vom April ist Kuba ohne Wenn und Aber in der Nach-Fidel-Ära angekommen. Dies betrifft zum einen den offiziellen Abtritt des historischen Revolutionsführers von der politischen Bühne. Zum anderen aber hat der kubanische Sozialismus auch wirtschaftspolitisch eine langfristige angelegte Reform begonnen, die eine Abkehr von dem von Fidel etablierten Wirtschafts- und Sozialmodells bedeutet.

Dabei bleiben die Konturen der Reform noch unklar.

29. S. <http://observatoriocriticodesdecuba.wordpress.com/>

30. Pedro Campos (y otros compañeros): Propuestas para el avance al socialismo en Cuba: Sin socialización y sin democratización, no hay socialismo posible; KaosenlaRed, 2.2.2011; <http://www.kaosenlared.net/noticia/propuestas-para-avance-socialismo-cuba-sin-socializacion-sin-democrati>

31. »Das Wachstum des nicht-staatlichen Sektors bedeutet nicht, wie manche Theoretiker behaupten, eine Privatisierung des sozialen Eigentums...« (Orig.: »El incremento del sector no estatal de la economía, lejos de significar una supuesta privatización de la propiedad social, como afirman algunos teóricos,...«) (R. Castro, op cit.)

Die vom Parteitag verabschiedeten »Richtlinien« geben eine grobe Orientierung vor: mehr Marktmechanismen, weniger Staat, Kürzung der Staatsausgaben, Entlassungen, Abschied von flächendeckender Subventionierung, mehr Raum für Kleingewerbetreibende, mehr Autonomie für Staatsunternehmen, Genossenschaften und Selbständige. Aber sie geben keinerlei Zielgrößen oder Zeitrahmen zur Erreichung der Ziele vor. Zunächst sind sie nur dies: Parteitagsbeschlüsse ohne Verbindlichkeit oder gar Gesetzeskraft. In der Folge wird alles von der Umsetzung abhängen.

Die Hürden hierfür sind hoch, und der Vorlauf zum Parteikongress selbst hat gezeigt, wie sehr diese nicht nur ökonomischer Art sind, sondern auch von der schwierigen Balance der verschiedenen Kräfte und Interessengruppen im System abhängen. Hier zeigt sich auch deutlich die politische Bedeutung des Übergangs vom charismatischen, personenbetonten Führungsstil Fidels hin zu einem bürokratischen, institutionenbasierten Sozialismus unter Raúl. In ganz anderem Maße als sein Bruder ist Raúl Castro auf Integration und Ausgleich angewiesen, um die Kohäsion der Elite zu garantieren. Die reibungslose Inszenierung des Parteitags hat gezeigt, wie gut er dies geschafft hat. Der Preis dafür freilich sind die Langsamkeit und Widersprüchlichkeit der Politik. Nichts illustriert dies deutlicher als die in den Reden beschworene Verjüngung der Partei bei gleichzeitiger Bestätigung der altgedienten Kader und Generäle in den Führungspositionen. Dies ist auch eine verpasste Chance: Der Parteitag war sehr viel stärker darin, die Einheit der Elite zu demonstrieren als ein Signal für den Aufbruch in eine neue Reformdynamik zu senden, der neues Vertrauen in der Bevölkerung hätte generieren können.


Zu erwarten ist in der Folge, dass die Reform auch künftig nicht einem großen Gesamtentwurf folgen wird, sondern in einer Abfolge vieler kleinräumiger Schritte bestehen wird. Es ist wahrscheinlich, dass die Liste erlaubter Berufe für Selbständige erweitert werden wird, dass die Pachtverträge für Kleinbauern längerfristiger gestaltet werden, dass mehr Märkte für Produktionsmittel entstehen und die Kubaner Autos und Wohnungen leichter tauschen oder verkaufen können. Auch die Drosselung der Staatsausgaben wird weitergehen, in Form von Preiserhöhungen, Entlassungen und der Streichung von Subventionen und Sozialleistungen. Statt einer Politik des Paukenschlags, wie bei der gescheiterten Ankündigung der Entlassung einer halben Million Ar-

beiter im vergangenen September, wird die Regierung auf Gradualismus setzen. Die Frage ist nur, ob diese eng begrenzten, schrittweisen, wenig kohärenten Reformschritte ausreichend sein werden, um etwa den Ökonomie und Gesellschaft zerreißenden Währungs dualismus zu überwinden – oder, noch genereller gesprochen, das Land aus seiner tiefen Krise zu führen und den Weg zu einer neuerlichen Entwicklungsdynamik zu weisen.

Gründe für Skepsis gibt es viele. Gleichzeitig aber ist die jetzt vom Parteitag abgeseignete Agenda Raúls der weitreichendste Versuch seit fünf Jahrzehnten, die kubanische Wirtschaft von ihrer extremen Staatsfixierung zu lösen und den Bürgern mehr wirtschaftliche Freiräume zu eröffnen. Und so sehr man jetzt kritisch über die Probleme und Defizite diskutieren kann (und sollte) – es ist eine Diskussion über das Wie und Wie weit der Reformen, nicht mehr über das Ob. Dieser Unterschied markiert in Kuba in der Tat eine Zäsur: Die Regierung hat das Projekt einer Reform begonnen und dieses per Parteitag als strukturelles Vorhaben verankert und abgesichert. Nun wird sich die Reformfähigkeit in der Umsetzung beweisen müssen. Und dafür gibt es nicht nur zahllose ökonomische Schwierigkeiten zu überwinden, sondern auch tief eingegrabene Mentalitäten und Interessen; und nicht zuletzt auch eine politische Logik, in der die Imperative von Elitenzusammenhalt und Systembewahrung immer wieder über die ökonomische Logik von Effizienz und wirtschaftlicher Entwicklung obsiegen.

Politisch bleibt für das Regime eine Demokratisierung im Sinne einer Öffnung für politischen Pluralismus weiterhin tabu. Dass Raúl Castro seinen Rechenschaftsbericht an den Parteitag just damit beendete, die als »Reaktion des Volkes« ausgegebene und somit informalisierte Repression gegen Dissidenten explizit zu verteidigen, ist bestürzend; sie widerspricht auch dem von Kuba gerne erhobenen Selbstverständnis eines »sozialistischen Rechtsstaats« und verdient scharfe Kritik.

Gleichwohl hat es auch im politischen Raum Veränderungen gegeben. Die Europäische Union hatte lange die Freilassung der im »Schwarzen Frühling« von 2003 inhaftierten Oppositionellen gefordert. Dies ist im vergangenen Jahr in einem mit der katholischen Kirche und der spanischen Regierung ausgehandelten Prozess erfolgt. Auch wenn die Gesetze, derentwegen sie verurteilt wurden, unverändert in Kraft sind und auch wenn es nach



wie vor aus politischen Gründen Inhaftierte in Kuba gibt, ist dieser Schritt doch anzuerkennen.

Unter der Präsidentschaft Bill Clintons war in den USA einst von einer Politik der »calibrated response« in der Beziehung zu Kuba die Rede, einer wohldosierten Reziprozität in Bezug auf auch kleinere Maßnahmen politischer Normalisierung oder Entspannung. Wenn die EU derzeit ihre Kuba-Politik überprüft, täte sie gut daran, einen solchen Ansatz gegenüber dem Kuba der Nach-Fidel-Ära aufzugreifen und auf den gegenwärtigen Veränderungsprozess mit »kalibrierten« Schritten zu antworten.



Über den Autor

Bert Hoffmann ist Politikwissenschaftler am GIGA German Institute of Global and Area Studies und arbeitet im Berlin-Büro des GIGA. In zahlreichen Publikationen hat er die politische und wirtschaftliche Entwicklung Kubas analysiert, u.a. »Debating Cuban Exceptionalism« (Palgrave, zus. mit L. Whitehead); »How the Internet Changes State–Society Relations in Authoritarian Regimes: The Case of Cuba«, GIGA Working Paper No 156, January 2011. Zuletzt war er im März 2011 auf Kuba.

Kontakt:
GIGA Berlin Büro
Friedrichstr. 206
D-10969 Berlin
E-Mail: hoffmann@giga-hamburg.de

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Lateinamerika und Karibik
Hiroshimastraße 17 | 10785 Berlin | Germany

Verantwortlich:
Dörte Wollrad
Leiterin, Referat Lateinamerika und Karibik

Tel.: ++49-30-269-35-7484 | Fax: ++49-30-269-35-9253
<http://www.fes.de/lateinamerika>

Bestellungen hier:
info-lak@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86872-723-4